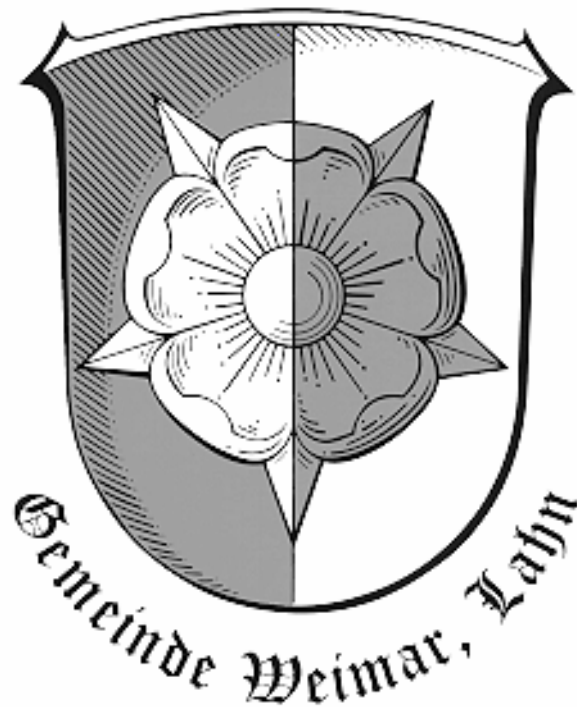


# Heimatwelt

---



Mit Beiträgen von  
Herbert Kosog †  
Gemeinde Weimar  
"Historisches Archiv"  
Geschichtsverein Weimar  
Zusammenstellung :  
Heinrich Ehlich

Heft Nr. 35/2000

Herausgeber  
Gemeindevorstand der  
Gemeinde Weimar

Inhalt der "Heimatwelt" Nr. 35

- |   |   |
|---|---|
| 1) Gründung eines Geschichtsvereins der Gemeinde Weimar                   | Otto Weimar<br>Hans Schneider                 |
| 2) Das neue Rathaus der Gemeinde Weimar                                   | Karl Krantz                                   |
| 3) 125 Jahre Standesämter   | Heinrich Ehlich                               |
| 4) 25 Jahre Gebietsreform   | Karl Krantz                                   |
| 5) Ende des 2. Weltkrieges (Oberweimar)                                   | Annelinde Seik<br>Zeitzeugin                  |
| 6) Ende des 2. Weltkrieges (Roth)   | Georg Eidam                                   |
| 7) Archäologisches Freilicht-Museum im Lahntal ?                          | Dr. Andreas<br>Thiedmann                      |
| 8) Die Ausgrabungen laufen wieder   | Marburger<br>neue Zeitung<br>v.18.6.1999      |
| 9) "Ein Rauchhuhn für den Fürsten"<br>Aus der Geschichte des Steuerwesens | Die kleine<br>Hessen-Zeitung<br>Febr. 1981    |
| 10) Die alten Wege zur Martinskirche in Oberweimar.                       | Heinrich Wagner<br>Erinnerungen<br>Zeitzeuge. |
| 11) Die alte Eiche von Niederwalgern                                      | Karl Eidam<br>Erinnerungen<br>Zeitzeuge       |
| 12) Das Dorf - Was ist das ? -  | Otto Weimar                                   |

## Geschichtsverein Weimar

Den Anstoss zur Gründung des Geschichtsvereins gab Bürgermeister Krantz. Er lud zu einem Gespräch ein, das am 12. August 1998 im Sitzungszimmer des alten Rathauses stattfand. Dort betonte er, dass die Gemeinde über einen grossen Schatz historischer Dokumente verfügt, die vielleicht in die Obhut eines Vereins übergehen sollten oder um die sich ein Verein kümmern könnte. Auch die spektakulären Funde bei den Ausgrabungen in der Kiesgrube Niederweimar gaben Anlass für dieses Treffen.

Er hatte Personen eingeladen, von denen ihm bekannt war, dass sie sich für die Geschichte in der Gemeinde interessieren und auch solche, die schon Beiträge in geschichtlicher Hinsicht erbracht hatten.

Die Mehrheit des Anwesenden liessen sich von dem Vorschlag des Bürgermeisters überzeugen, und waren für die Gründung eines Vereins.

Die Teilnehmer bildeten darauf hin einen Arbeitskreis mit dem Ziel, einen Verein ins Leben zu rufen.

Zum Arbeitskreisvorsitzenden wurde Herr Otto Weimar, Roth, Im Wiesengrund 22, und zum Schriftführer Herr Hans Schneider, Niederweimar, Zur Kirche 2, benannt.

Die Gründung des Vereins erfolgte dann nach vorheriger Bekanntgabe im Mitteilungsblatt am 16. September 1998 im Bürgerhaus Wenkbach durch folgende Personen:

Otto Weimar	Roth	Im Wiesengrund 22
Georg Eidam	Roth	Am Hopfen 3
Heinrich Eidam	Wenkbach	Dorfstr. 5a
Heinrich Ehlich	Oberweimar	Obergasse 19
Hans Schneider	Niederweimar	Zur Kirche 2
Johannes Naumann	Nesselbrunn	Pitzacker 1
Kurt Theis	Wenkbach	Hintergasse, 4
Rolf Dallwig	Niederwalgern	Mühlackerstr. 20
Karl Eidam	Niederwalgern	Bahnhofstr. 11

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Otto Weimar,	Vorsitzender
Georg Eidam	stellv. Vorsitzender
Hans Schneider,	Schriftführer
Kurt Theis,	Kassenführer

Nach einigen Treffen von Mitgliedern des Vereins mit dem Arbeitskreis "Heimatspflege und Lokalgeschichtsforschung", federführend durch das Kulturamt des Kreises, gab sich der Verein in der Versammlung am 28. Januar 1999 eine Satzung. Der Verein wird unter der Bezeichnung

## ***Geschichtsverein Weimar***

geführt.

Sein besonderes Anliegen ist es:

- a. die allgemeine Heimatgeschichte in den Dörfern unserer Gemeinde (soweit noch nicht geschehen) zu erforschen und sie so weit wie möglich der Nachwelt zu erhalten.
- b. volkskundliche Gegebenheiten zu erforschen, zu sammeln und aufzuzeichnen.
- c. dafür zu sorgen, dass Natur- und Kulturdenkmäler im Bereich der Gemeinde Weimar gepflegt und erhalten werden
- d. durch besondere Veranstaltungen, wie Lichtbilderabende, Vorträge und Besichtigungen das Interesse der Bevölkerung an den geschichtlichen und volkskundlichen Gegebenheiten unserer Heimat zu wecken und zu vertiefen.
- e. durch Sammlung die Sicherstellung von geschichtlich und volkskundlich wertvollen Gegenständen zu betreiben.

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und keine wirtschaftlichen Ziele. Er ist für die gesamte Gemeinde Weimar mit ihren 12 Ortsteilen zuständig. Die einzelnen Mitglieder arbeiten überwiegend für ihren Ortsteil, d.h., dass sie ihre bisherigen Tätigkeiten weiter führen und sich gegebenenfalls in Verbindung mit sonstigen Interessierten oder Vereinen für eine bestimmte Sache einsetzen.

Eine Chronik in Verbindung mit der Gemeinde aufzustellen ist das angestrebte Ziel. Die geschichtlichen Dokumente hierfür sind Dank des Einsatzes des inzwischen verstorbenen Herrn Herbert Kosog in grosser Anzahl verfügbar. Nach ihm hat auch die Gemeinde ihr Archiv benannt. Die Zusammenstellung eines solchen Werkes ist allerdings mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden. Sie hängt von der weiteren Entwicklung der Mitglieder des Vereins und eventueller Mitarbeiter ab. Zur Zeit zählt der Verein 14 Mitglieder.





Das neue Rathaus der Großgemeinde Weimar.  
Erbaut 1997 - 1998, Eingeweiht am 5. 3. 1999,

kennzeichnet eine zeitgemäße Architektur. Ein hoher Komfort soll mehr Service ermöglichen, was sich seit seiner Einweihung schon vielfach bestätigt hat.

## **Rathauseinweihung am 5.3.1999**

### **Festansprachen von Bürgermeister Karl Krantz**

#### **Meine sehr geehrten Damen und Herren,**

ich hoffe, dass ich Ihnen in wenigen Worten meine Freude und die meiner Mitarbeiter, sowie unseren Stolz auf unser neues Rathaus, auch nur annähernd, vermitteln kann. Fast genau 25 Jahre lang haben wir auf diesen Tag gewartet, denn spätestens nach Abschluss der Gebietsreform war es klar, dass das alte Verwaltungsgebäude am Huteweg eigentlich nicht mehr brauchbar war und es sollte ja auch nur ein Provisorium für eine begrenzte Zeitspanne sein, denn es entsprach in keiner Weise den zu stellenden Anforderungen - und auch nicht den geltenden Vorschriften, was aber bei einer öffentlichen Verwaltung niemanden stört und zwar deshalb, weil eine Änderung dieses Zustandes mit der Bereitstellung nicht unerheblicher Mittel verbunden ist. Und alle hatten ja in dieser Zeit eine Vielzahl eigener Wünsche und darüber hinaus einen großen Nachholbedarf. Eine ganze Reihe zwingend vorgeschriebener Pflichtaufgaben waren vorsorglich zurückgestellt worden, mit denen sich die neue Großgemeinde nun plötzlich konfrontiert sah. Aus diesem Grunde möchte ich vorab ganz herzlich allen unseren Bediensteten dafür danken, dass sie ohne zu murren, nur in der Hoffnung lebend, diesen unhaltbaren Zustand über 1/4Jahrhundert mitgetragen haben und die nun den verdienten Lohn für ihre loyale Haltung erhielten. Ich will an dieser Stelle aber nicht verhehlen, dass es auch Mitbürger gibt, die meinen, "die alte Verwaltung hätte es doch leicht getan" - sie sei nicht nur wesentlich billiger gewesen sondern auch viel kuscheliger (wie es unlängst ein älterer Herr artikulierte) und außerdem hätte man dort mehr Tuchfühlung zum Personal gehabt... Das mag im Einzelfall sicher so gewesen sein, aber es ist ja nicht unbedingt Aufgabe einer öffentlichen Verwaltung, allgemeine Wohlfühlstunden anzubieten, sondern wir wollen als modernes und dynamisches Dienstleistungsunternehmen nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Gesichtspunkten eine Leistung erbringen, die unsere Bürger an der Schwelle zum 21. Jahrhundert erwarten dürfen und dazu bedarf es gewisser Voraussetzungen. Inzwischen hat die Technik unser Berufsleben drastisch verändert und sie tut es noch immer: Die alten Arbeitsplätze entsprachen zu keiner Zeit den EDVRichtlinien, sie entsprachen nicht den sanitären, den baulichen und schon überhaupt nicht den datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Vor allem ein vertraulicher Umgang im Gespräch mit unseren Besuchern war stark eingeschränkt und eigentlich nur in meinem Büro möglich - und auch nur dann, wenn sich draußen niemand vor der Türe befand. Nun können wir mittels geeigneter Abtrennungen, z.B. im Einwohnermeldebereich oder durch das Vorhandensein von Besprechungsräumen und separaten Büros in den verschiedenen Funktionsbereichen, die notwendige Diskretion sicherstellen. Dass dieses Provisorium, an das wir uns im Laufe der langen Jahre gewöhnt hatten, nun mit einem Schlage vorbei sein soll, können wir selber bisher noch nicht so richtig glauben, obwohl wir jahrelang für dieses Haus geplant und seine Finanzierung vorbereitet haben. Immer wieder flossen neue Gedanken ein und genau so oft mußten wir die Realisierung von einem Haushaltsjahr auf das andere verschieben. Auch das wurde klaglos hingenommen, weil wir Einsicht in die anderen, der Öffentlichkeit dienenden, Notwendigkeiten hatten, auch wenn uns das manchmal schwerfiel.

Über die Planung, den Bau und die Funktionalität des Gebäudes wird Herr Architekt Reese Auskunft geben. Ich möchte es aber nicht versäumen, mich auch bei ihm an

dieser Stelle zu bedanken; er war ein kompetenter und umsichtiger Planer und so weit wir bisher Stimmen vernommen haben, waren diese positiv und voll des Lobes über die architektonische Leistung. Das Gebäude fügt sich gut in die vorhandene Bebauung des Ortes ein, es liegt verkehrsgünstig und man sieht von weitem schon, was es darstellt. Ein Rathaus sollte eben wie ein Rathaus aussehen und das ist dem Architekten m.E. mit diesem Entwurf gelungen. Nicht vergessen darf ich in diesem Zusammenhang die Fachplaner, zum einen unseren ortsansässigen Statiker, Herrn Schramm, sowie Herrn Fitz, dessen Büro für die Haustechnik zuständig war. Auch mit ihnen haben wir hervorragend zusammengearbeitet.

Die Gemeinde Weimar hat in den letzten vier Haushaltsjahren neben Dutzenden anderer Vorhaben alleine zwei große Hochbaumaßnahmen abgewickelt, deren Volumen sich auf etwa 10 Mill. DM beläuft, was um so bemerkenswerter ist, wenn man bedenkt, dass es dafür keinerlei Zuschüsse gab. Das Bürgerhaus in unserer Nachbargemeinde Fronhausen war das letzte seiner Art in unserem Landkreis, das mit Landes- und Kreismitteln gefördert wurde, danach war Schluss. Dennoch waren die beiden Objekte für uns realisierbar, weil wir uns seit Jahren darauf vorbereitet und unseren Schuldenstand vorsorglich weit unter den Kreisdurchschnitt gedrückt hatten, denn wir wußten, dass wir sowohl das DGH Roth als auch das Verwaltungsgebäude nur dann bekommen würden, wenn wir in der Lage waren, beide Maßnahmen aus eigener Kraft in die Tat umzusetzen. Trotz dieses finanziellen Kraftaktes ist die Verschuldung nicht etwa um 10 Mio. DM gestiegen, wie man vielleicht annehmen könnte, sondern lediglich um 3,5 Mill. DM und bei den vorgesehenen Rückzahlungsraten hoffen wir, in vier oder fünf Jahre wieder den alten Kreditstand zu erreichen. Diese günstige Entwicklung liegt zu einem guten Teil auch darin begründet, dass wir mit dem Rathausbau eine Phase erwischt haben, die uns absolute Tiefpreise und niedrigste Zinsen bescherte. Das Gebäude ist vor zwei Jahren mit 4,7 Mill. DM kalkuliert worden, im Verhältnis zu anderen Bauvorhaben z.B. auch dem Bürgerhaus Roth, eine vergleichsweise niedrige Summe. Allerdings und damit es nicht heißt, ich hätte es bei der Einweihung wohlweislich verschwiegen, muß ich Ihnen sagen, dass wir den Kostenrahmen vermutlich nicht ganz einhalten können, denn viele Dinge haben sich erst während der Bauphase ergeben, bzw. waren zur Komplettierung des Gesamtwerkes notwendig. Ich denke, dass sich unter dem Strich eine Erhöhung von ca. 5 % ergibt, die genauen Zahlen liegen noch nicht auf dem Tisch.

Ein Rathaus ist ein Haus von den Bürgern und für die Bürger. Es soll offen und nicht beängstigend amtlich wirken. Aus diesem Grunde hat man die Kommunikationsflächen etwas anders gestaltet, als dies allgemein üblich ist. Im Eingangsbereich trifft der Besucher unmittelbar auf die Rezeption, die gleichzeitig Bürgerbüro ist und das sich noch im Aufbau befindet. Im Obergeschoss gibt es für die kleinsten Mitbürger eine Spielecke, damit Mutti oder Vati sie einmal für eine Weile absetzen können und auch dieser Raum, der sogenannte Ratssaal, soll in Zukunft vielfältige Verwendung finden und muß nicht nur den Parlamentssitzungen vorbehalten bleiben. Alle, auch die Jüngsten sollen nicht erschrecken, wenn sie dieses Haus betreten, sondern es soll ihnen vertraut werden und sie sollen den Eindruck mitnehmen, dass sie hier an der richtigen Adresse sind, wenn sie irgendwann einmal "der Schuh drückt" - und wir bieten unsere Hilfe auch bei nicht ganz amtlichen Problemen gerne an. Ich muss es noch einmal ganz deutlich sagen: Mit dieser neuen Verwaltung ist eine unvergleichliche Verbesserung für uns und unsere Besucher geschaffen worden. Gemessen an den alten Verhältnissen haben

wir tatsächlich einen Quantensprung vollbracht, wie es die Presse vor einigen Wochen einmal formulierte. Darüber hinaus und das ist das Wichtigere, wurde eine dringende Notwendigkeit für diese dynamische, aufstrebende und kontinuierlich auf die 8.000 Einwohner zugehende Gemeinde verwirklicht.

Ich kann mich noch sehr gut an die Tage der Gebietsreform erinnern und an unsere ersten Bauüberlegungen und wenn ich in die Runde blicke, dann sehe ich einige vertraute Gesichter, denen diese Planungsbemühungen nicht fremd sind und die sich ebenfalls seit vielen Jahren im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung, resp. in der Verwaltung mit diesem Thema befaßt haben. Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang unsere beiden Ehrenbeigeordneten, Herrn Helmut Kaufmann aus Niederweimar sowie Herrn Heinrich Schmidt aus Wenkbach. Männer der ersten Stunde, wenn wir das Jahr 1974 als das Jahr Null in der Geschichte der Großgemeinde bezeichnen wollen, obgleich beide natürlich schon viel länger als Vertreter ihrer Heimatgemeinden kommunalpolitisch gewirkt haben. Dass wir heute, im 25. Jahr des Bestehens dieser neuen Gebietskörperschaft und auch anlässlich meines eigenen dreißigjährigen Dienstjubiläums, diese Einweihung vornehmen können, ist sicherlich ein Zufall, wenngleich er nicht einer gewissen Symbolik entbehrt.

Wie Sie eventuell gesehen haben, wurden selbst die Außenanlagen trotz des widrigen Winterwetters weitestgehend fertiggestellt und auch die Bepflanzung konnte zum überwiegenden Teil, zwischen zwei Frostperioden, eingebracht werden. Dabei sind Ihnen vielleicht drei Objekte ins Auge gefallen, die diese Außenanlage prägen und die ich Ihnen kurz vorstellen möchte: Zunächst den Brunnen vor dem Haupteingang, der eine besondere Geschichte hat und dessen Gestalt mit dem gewendelten Wasserlauf man vielseitig deuten kann. Z.B., dass sich in diesem Hause alles um die Bürger und die Gemeinde dreht - oder als unser unermüdliches Bemühen um unsere Kommune Weimar und Spötter haben schon gemeint, dass dies Ausdruck der realen Kommunalpolitik unserer Tage sei, nach dem Motto: "Alles müsse immer wieder und noch einmal durchgekaut werden." Das andere ist die große Bank in Form einer Acht, am Zugang zum inneren Parkplatz. Diese wurde von einem Rateteam, bestehend aus jungen Leuten unserer Gemeinde, in der HR3-Sendung "8... und fertig los" gewonnen und das dritte schließlich ist der unübersehbare Findling auf der Grünfläche vor diesem Sitzungssaal, eine großzügige Spende der Firma Lahn-Waschkies, für die wir uns ganz herzlich bedanken und der Symbol unserer jahrzehntelangen guten Zusammenarbeit sein soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl heute für uns ein Wunsch in Erfüllung ging heißt dies nicht, dass wir wunschlos wären. Ein noch so gut gestaltetes Rathaus braucht als Arbeitsgrundlage solide Voraussetzungen, d. h. Gesetze und Verordnungen, Satzungen und Rechtsentscheide, die eine Verwaltung in die Lage versetzen, schnell, bürgernah und mit geringem Zeit- und Kostenaufwand all das zu erledigen, auf das die Bürger, die Gewerbetreibenden, die Bauwilligen, die Vereine und alle anderen, mit denen eine Kommune zu tun hat, Anspruch erheben können. Was wir nicht brauchen können sind umständliche Verfahrenswege und ein eifersüchtiges Festhalten an Aufgaben, die andere besser und schneller erledigen können - wir brauchen keine Blockadepolitik, welche die Nebensächlichkeiten zum Hauptthema und damit ganz normale Vorhaben zu langwierigen kommunalen Abenteuern mit ungewissem Ausgang macht. Was wir brauchen sind klare und



bezahlbare Entscheidungen. Erste zaghafte Ansätze gibt es derzeit -die Kommunen erhalten seitens des Bundes und des Landes zunehmend Aufgaben übertragen, allerdings ohne die erforderliche finanzielle Ausstattung, was auf Dauer auch nicht mehr hingenommen werden kann, weil es in Zukunft einfach nicht mehr funktioniert. Unsere Städte und Gemeinden haben keine freie Finanzmasse mehr zur Verfügung, sie sehen sich einem ständig steigenden Druck ausgesetzt, haben das Wegbrechen vieler Einnahmen zu verkraften und während sich andere auf wundersame Weise immer weiter vermehren, soll die kommunale Ebene bei schrumpfenden Einnahmen ihre Leistungen und Angebote steigern und dazu noch weitere und kostenintensive Aufgaben übernehmen, in der stillen Hoffnung, dass man das Geld schon irgendwie auftreiben werde. So kann es nicht gehen...

Woran es bei uns mangelt ist allen bekannt, aber niemand geht die Dinge so richtig an. Ich meine damit in erster Linie die Verwaltungsreform, die längst überfällig ist und der wir uns nicht verschließen dürfen, nicht verschließen wollen und auch nicht verschließen können, sonst wird sie uns eines Tages aus Kostengründen von oben übergestülpt, ohne das wir ordnend Einfluß darauf nehmen und unsere berechtigten Interessen einbringen konnten. Diejenigen, die schon länger im Geschäft sind wissen, dass die Gebietsreform ursprünglich zweistufig geplant war. Nachdem man aber die Territorialreform zum Abschluss gebracht hatte, traute sich niemand mehr an die Funktionalreform heran und so ist die gesamte Reform ein Torso geblieben.

Die neuen Gemeinden sind nicht mehr mit den ehrenamtlich verwalteten Kommunen aus der 1. Hälfte unseres Jahrhunderts zu vergleichen-, sie haben und müssen andere Aufgaben wahrnehmen. Dazu brauchen sie aber auch andere erweiterte und verbesserte Rechte und sie müssen auch in ihren verfassungsmäßigen Strukturen entrümpelt werden, die sich seit den Zeiten des Freiherrn vom Stein kaum verändert haben.

Ich hoffe, dass es mir noch vergönnt sein möge, deutliche und angemessene Strukturverbesserungen für unsere hessischen Kommunen zu erleben.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nun Herrn Lardrat Fischbach um seine Ausführungen.

Krantz  
Bürgermeister der Gemeinde Weimar

# 125 Jahre Standesämter in der Gemeinde Weimar

1874 - 1999

Zu der Form von Änderungen in der Verwaltung des neu gebildeten Deutschen Reiches, welche der Kanzler Otto v. Bismarck im Jahr 1874 einführt, gehörte die Führung der Personenstandsregister.

Bisher waren alle Personenstandsfälle in den Kirchenbüchern der Pfarrämter eingetragen worden. Dies änderte sich, indem Standesämter eingeführt wurden, welche bestimmte Bezirke zu betreuen hatten. In den meisten Fällen waren es Orte welche zu den bestehenden Kirchspielen gehörten. Die Aufgaben des Standesbeamten wurden dem Bürgermeister des jeweiligen Standesamtssitzes übertragen. Der befand sich wiederum dort, wo das Pfarramt seit langer Zeit war.

Die Aufsicht über die Standesämter hatte in unserem Fall der Landrat des Kreises Marburg. Handgeschriebene Verordnungen und Dienstweisungen ergingen an die Standesbeamten.

Zu beurkunden waren Geburts-, Heirats- und Sterbefälle und allmählich kamen immer mehr Nebenarbeiten hinzu.

Das Standesamt Niederwalgern setzte sich aus den Ortschaften Niederwalgern, Oberwalgern Holzhausen und Stedebach zusammen. Ihren Dienst als Standesbeamte versahen seit 1874 bis 1974:

1874 - 1885	Pieh
1886 - 1913	Kaletsch
1913 - 1914	Böth
1915 - 1932	Ritting
1933 - 1942	Böth (Vertretung Konrad Böth II)
1943 - 1947	Rupp
1948 - 1974	Böth, Konrad - ab 1974 Standesbeamter von Weimar.

Eines der größten Standesämter des damaligen Kreises Marburg war Oberweimar mit 9 Ortschaften, welche früher auch das Kirchspiel Oberweimar gebildet hatten. Es waren dies die Orte: Oberweimar, Kehna, Allna, Weiershausen, Hermershausen, Haddamshausen, Cyriaxweimar, Niederweimar und Gisselberg.

Zum Sitz des Standesamtes wurde Oberweimar festgelegt.

Hier führten von 1874 bis 1974 folgende Mitbürger die Standesamtsregister :

Georg Junk	1874 - 1896	Jost Koch	1928 - 1934
Johannes Maus	1896 - 1906	Fritz Koch	1934 - 1947
Jost Koch	1906 - 1924	Hilde Koch	1947 - 1949
Heinrich Ehlich	1924 - 1928	Johann Heinrich Ehlich	1949 - 1974

Im Jahr 1971 änderte sich die Bezeichnung des Standesamtes Oberweimar in "Oberweimar jetzt Weimar " weil sich die Orte Oberweimar Niederweimar und Allna zu einer Gemeinde zusammenschlossen welche den Namen "Weimar" erhielten. Der Bürgermeister dieser neuen Gemeinde war der bisherige -Bürgermeister von Niederweimar Karl Krantz. Sitz des Standesamtes blieb wie bisher Oberweimar .

Die Gebietsreform des Jahres 1974 brachte wiederum neue Veränderungen im Standesamtswesen. Nachdem nun aus 12 Ortschaften die Großgemeinde Weimar gebildet war, mußten auch die bisherigen Standesämter Oberweimar und Niederwalgern die Namen ablegen und führten die Bezeichnung "Standesamt Weimar" bis zum heutigen Tag.

Standesbeamte des großen Standesamtes Weimar, welches nun über 6000 Personen betreute, waren 1974 bis 1978 der Verwaltungsangestellte Standesbeamter

Heinrich Ehlich aus Oberweimar und Konrad Böth aus Niederwalgern.

Ab 1977 ist die Standesbeamtin Rita Rohrbach, geb. Schneider aus Allna im Amt. Für die Ortschaften Argenstein, Roth und Wenkbach war das Standesamt F r o n h a u s e n /Lahn zuständig. Diese Dörfer bildeten in früheren Zeiten das "Schenckisch Eigen". Sitz der Verwaltung und die Zugehörigkeit zur Kirche war Fronhausen.

So ergab sich auch der Sitz des Standesamtes im Jahr 1674. Hier die Namen der Bürger, welche dieses Amt ausführten:

1874-1881	Herr Ruth	1924-1933	Herr Schnabel
1881-1895	Herr Ruth u. Vertr. Herr Müller	1933-1943	Herr Rauch u. Vertr. Herr Böth u. Herr Kater
1895-1905	Herr Gerhardt u. Vertr. Herr,-Müller	1943-1946	Herr Kater
1906-1917	Herr Gerhardt	1946-1957	Herr Bork u. Vertr. Herr Finger
1917-1924	Herr Schneider u. Vertr. Herr Pfeffer	1957-1997	Herr Siegel 1997-dto Frau Schäfer

Das für den Ortsteil N e s s e l b r u n n zuständige Standesamt befand sich in Weitershausen. Darüber berichtet uns Herr Johannes Naumann aus Nesselbrunn:

Das Standesamt in Weitershausen wurde bis 1945 von Herrn Jakob Koch geführt. 1945 wurde es dann von Herrn Jost Niederhöfer, bis 1955 verwaltet. Sein Sohn Heinrich Niederhöfer, welcher in dieser Zeit Vertreter war, führte das Standesamt bis zum Jahr 1965

Danach wurde der Sitz des Standesamtes nach Einhausen verlegt und von Herrn Daniel Boßhammer geführt.

Bei der Gebietsreform im Jahr 1974 wurde Einhausen der Stadt Marburg eingemeindet und damit auch das Standesamt übernommen. Nesselbrunn wird seit 1974 von dem Standesamt W e i m a r betreut.

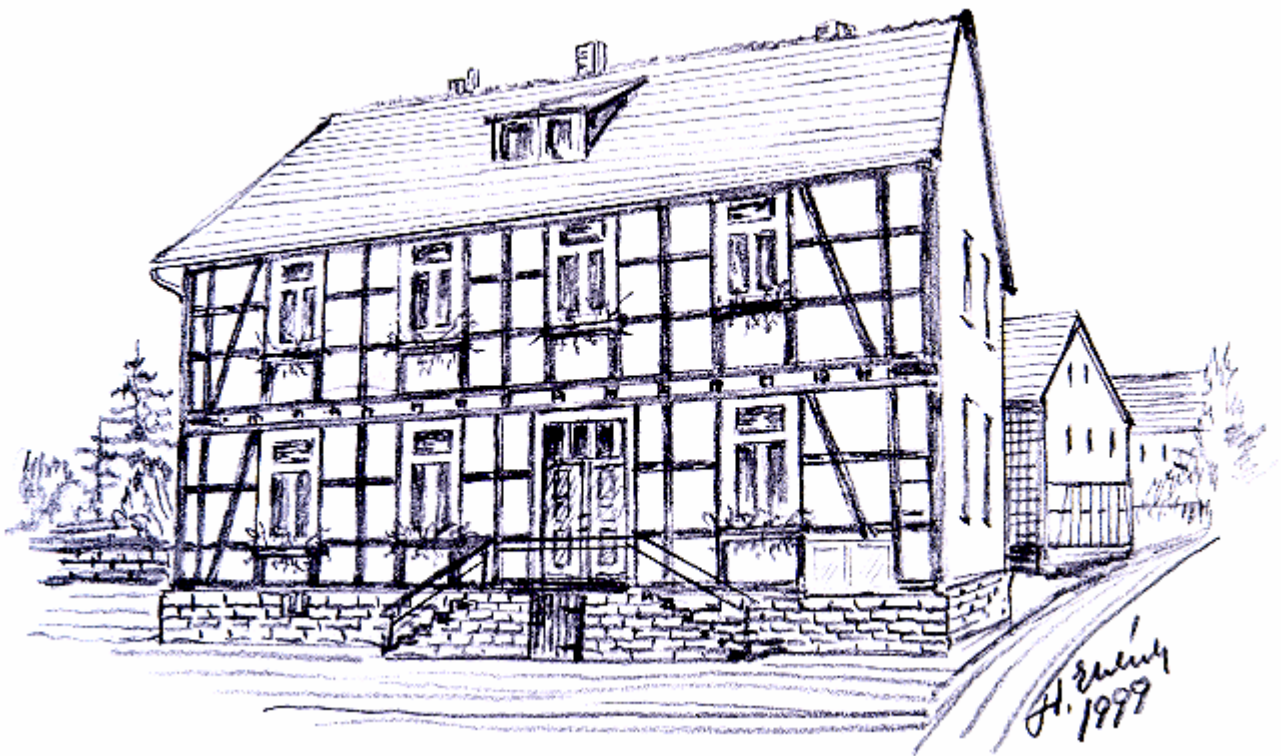
Der Ortsteil W o l f s h a u s e n gehörte von alters her der Gemeinde Cappel an. Vor der Zusammenlegung mit der Stadt Marburg, führte Herr Becker das Standesamt in Cappel.

Seit 1974 wird die standesamtliche Arbeit von der Gemeinde Weimar getragen.

Im Juli 2000

Rita Rohrbach, Standesbeamtin  
in Weimar

Heinrich Ehlich, Standesbeamter i.R.



Das ehemalige Rathaus der Großgemeinde Weimar.

Der Chronist Herbert Kosog berichtet darüber:

1863 - 1913	Die zweite Schule für Niederweimar und Gisselberg.
1914 - 1918	Genesungsheim für deutsche Soldaten.
1931	Erster Kindergarten in Niederweimar.
1956	Bürgermeisterei Niederweimar
1974 - 1998	Verwaltung der Großgemeinde Weimar, -Bürgermeister Karl Krantz-

Nach umfangreicher Sanierung ist das Gebäude eines der schönsten Fachwerkhäuser des Ortes Niederweimar geworden. (2000 n.Chr.)

# Gebietsreform 1974

## Freiwillige Zusammenschlüsse

<u>Beschluß</u>	<u>Ortsteil</u>	<u>Zusammenschluß</u>
07.12.1970	Oberweimar	01.02.1971
28.01.1971	Allna	01.02.1971
09.11.1971	Argenstein	01.07.1972
11.11.1971	Roth	01.07.1972
24.11.1971	Wenkbach	01.07.1972
09.11.1971	Weiershausen	01.07.1972

## Gesetzliche Zusammenschlüsse

Kein Beschl.	Kehna	01.07.1974
28.07.1972	Nesselbrunn	01.07.1974
Kein Beschl.	Niederwalgern	01.07.1974
Kein Beschl.	Stedebach	01.07.1974
Kein Beschl.	Wolfshausen	01.07.1974

Aufgestellt am 17.11.1999, Lars Plitt, Stelle 1/4,

## 25 Jahre Gebietsreform

Vor etwas mehr als 30 Jahren machten sich die Hessischen Landespolitiker Gedanken über eine Neugliederung der kommunalen Ebene und man hatte den Eindruck, dass die Betroffenen, nämlich die Städte und die Gemeinden sowie auch einige Landkreise davon relativ geringe Notiz nahmen. Bis auf einige Wenige, die den Zug der Zeit frühzeitig bestiegen, weil sie sich aufgrund ihrer besonderen Situation Vorteile erhofften, blieb es, zumindest bei den kleineren Kommunen relativ ruhig nach dem Motto, es wird schon nicht allzu viel passieren, denn erfahrungsgemäß sind Verwaltungs-, Struktur- und andere Reformen bei uns meistens so unscheinbar, dass sie kaum die Amtsstuben erschüttern aus denen sie kommen, geschweige denn die Bevölkerung.

In diesem Falle war das aber ganz anders. Plötzlich merkte man, dass z.B. die Gemeinde Wohratal, die heute noch die kleinste in unserem Landkreise ist, diesen Schritt getan hatte und man konnte kurz darauf in der Zeitung nachlesen, dass sie dafür mit finanziellen Mitteln belohnt wurde. Nun ging das Werben auch in unserem Landkreis los. Ich, auf eigenen Wunsch in 1969 aus der Wärme der landrätlichen Verwaltung ausgeschieden und als bundesweit jüngster hauptamtlicher Bürgermeister in Niederweimar tätig, hatte keine Schonfrist, denn nun fing es auch im Südkreis zu brodeln, was mich allerdings nicht erschreckte, denn ich hatte ja in meiner Zeit bei der Kommunalaufsicht bereits mit den Vorbereitungen für die Gebietsreform zu tun.

Wer mit wem und wann, und vor allen Dingen wo, sollte der Sitz der neuen Gemeinde sein? Das waren die Fragen, die plötzlich öffentlich und auch mit Vehemenz nicht nur in den Fraktionen und den Parlamenten, sondern auch heftig an den Stammtischen und in den Vereinen diskutiert wurden. Eine Großgemeinde unter Einfluß

von Fronhausen, Lohra und unserem heutigen Gemeindegebiet war im Gespräch. Es gab Überlegungen ob Niederwalgern mit seinem Umfeld nicht mit Fronhausen zu einem neuen Gemeinwesen verschmolzen werden sollte und nachdem diese Möglichkeit eine für andere beängstigende Diskussionsreife annahm, hat man auch in Niederweimar und seiner näheren Umgebung überprüft, ob man nicht dann besser den Anschluß an die Universitätsstadt Marburg suchen würde. Die Eigenarten, Gebräuche und Strukturen im Südkreis sind zwar ähnlich, aber auf ihre Art doch wieder unterschiedlich. So haben die Fronhäuser bereits wesentlich stärkere Beziehungen in Richtung Gießen, während sich die um Niederweimar gruppierten Ortsteile seit jeher zu Marburg gehörig fühlen, was natürlich historische Gründe hat, denken wir nur an den bekannten Pfaffensteg nach Oberweimar und die erste für Marburg zuständige Kirche in dieser Ortschaft. Niederwalgern befasste sich zwar im Grunde mit dem Gedanken einer Fusion mit Fronhausen, konnte sich dazu aber letztlich doch nicht durchringen, denn es hätte dort sofort die erhoffte Mittelpunktfunktion aufgrund seiner Größe verloren. Nach Niederweimar gab es auch keinen rechten Bezug und ein Zusammenschluß mit Lohra war undenkbar, denn dessen Gebietsausdehnung in Richtung Verstal wäre ein unglücklicher und von Niederwalgern aus nicht zu verwaltender Zuschnitt gewesen. Schließlich gab man den Gedanken an eine große Einheitsgemeinde im Südkreis auf und alle Kräfte konzentrierten sich auf die sogenannte Dreierlösung, d. h.

Fronhausen, Lohra und Weimar. Wer nun aber glaubt, dass dies ohne Probleme über die Bühne gegangen sei, der irrt sich und kennt nicht die Hartnäckigkeit unserer Lokalpolitiker und Lokalpatrioten. Wochenlang sind wir damals durch die Gegend gezogen und oftmals kamen wir uns wie Wanderprediger oder Bettelmönche vor. Um eine sichere Ausgangsposition für die Endrunde dieses Kommunalpokers zu haben war es wichtig, möglichst viele freiwillige Zusammenschlüsse zu Wege zu bringen und damit eine Größe zu schaffen, an der man nicht so leicht vorbeikam. In unserem Falle waren dies die ersten freiwilligen Zusammenschlüsse mit Oberweimar und Allna. Damit entstand in 1971 eine neue Gemeinde im Südkreis, die größer als alle anderen war und die dann natürlich auch ein gewisses Selbstbewußtsein entwickeln konnte.

Zeitgleich tobte auch die Auseinandersetzung zwischen den Gebietskörperschaften Landkreis Marburg und der Stadt Marburg. Spannend war daneben die Frage, was es mit dem Altkreis Biedenkopf geben würde. Auch in unserem nächsten Umfeld berührte uns das Duell der Stadt und des Kreises, denn wir waren ja unmittelbare Nachbarn und so verfolgten wir mit Interesse, wie die Stadt Marburg einzelne Landkreisgemeinden abwarb, um sie als Faustpfand in die Diskussion mit einbringen zu können, denn die großen Gemeinden Cappel, Wehrda und vor allen Dingen Marbach, wehrten sich vehement. Sie hatten nicht nur eine respektable Größe sondern genossen auch die Vorteile des Speckgürtels der Stadt, sie verfügten über ausreichende und im Falle von Marbach sogar überschwengliche Gewerbesteuererinnahmen. Die Gemeinde Weimar war inzwischen auf 7 Ortsteile angewachsen, nämlich Niederweimar, Oberweimar, Allna, Argenstein, Roth, Wenkbach und Weiershausen. Dann, im Frühjahr 1974, ging die Entwicklung sehr schnell. Das damalige Kabinett stattet der Stadt Marburg einen Besuch ab und wie man sich so erzählte, habe der Innenminister von der Aussichtsterrasse des Schlosses herab verkündet, dass umgehend und per Gesetz die drei großen und mit der Stadt Marburg auf vielfältige Weise bereits verbundenen Ortschaften in diese eingegliedert würden. Das Gesetz folgte dann auf dem Fuße und bevor noch die damaligen Matadoren Dr. Drechsler und Dr. Vilmar ihre Fehde beenden konnten, war die Gebietsreform besiegelte Sache und auch einige Ortschaften des Allnatales fanden sich plötzlich als Universitätsstadtteile wieder. So auch die Gemeinde Hermershausen, die ich bereits seit zwei Jahren mit verwaltete. Auch dies war eine Besonderheit der bevorstehenden Gebietsreform und der sich bereits anbahnenden Auflösungserscheinungen im Landkreis. Neben meiner Tätigkeit als hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Weimar war ich gleichzeitig ehrenamtlicher Bürgermeister für Hermershausen. Überhaupt war diese Zeit von 1969 bis 1974 auch für mich persönlich eine sehr unruhige, denn ich erhielt nicht weniger als 9 Ernennungsurkunden. Diese plötzlich und in manchen Teilen unerwartete Entscheidung der Landesregierung veränderte natürlich auch unsere Planungen ganz erheblich, denn wir waren bis zum Schluß davon ausgegangen, dass trotz umfangreicher Versprechungen der Stadt Marburg, die Gemeinden Haddamshausen und Hermershausen zum Gebiet der Gemeinde Weimar zugeschlagen würden, zu dem sie traditionell enge kirchliche, geschäftliche und verkehrsmäßige Beziehungen haben, bis hin zur gemeinsamen Genossenschaft, der ärztlichen Versorgung und dem Kindergartenangebot. Dadurch wäre auch eine vernünftiger Anbindung an den Gemarkungsbezirk von Nesselbrunn entstanden, der heute schlauchartig und etwas isoliert in das Gebiet der Stadt Gladenbach hineinragt. Auch einwohnermäßig wäre eine Entscheidung pro Weimar vorteilhaft gewesen, denn dann hätten wir die magische Grenze von 7.500 längst überschritten, der wir uns jetzt erst langsam nähern. Nachdem noch eine gewisse Zeit kritisiert,



geschimpft und je nach Naturell auch gewettert wurde, fanden sich die nun ihrer Selbstständigkeit beraubten Orte doch relativ schnell unter dem neuen Firmenschild zusammen und mit Stolz können wir in Weimar behaupten, dass wir die während der freiwilligen Zusammenführungsphase zugesagten Investitionswünsche der ehemals selbstständigen Gemeinden innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, für die es auch erhöhte Schlüsselzuweisungen gab, erfüllen konnten. Fazit: Diese Gebietsreform war dringend notwendig, denn es war augenfällig, dass sich einige Gemeinden positiv entwickelten, was oftmals nicht unbedingt ihr eigener Verdienst war sondern letztlich ihre günstige Lage oder das Vorhandensein bestimmter Betriebe, während andere auch in der Zukunft darauf nicht hoffen durften. Die Gebietsreform stellte aber auf Dauer eine gewaltige finanzielle Verbesserung für das Land Hessen dar, das darf man nicht vergessen, denn sie entlastete den Landeshaushalt nachhaltig. D.h., sie war im Ergebnis ein interkommunaler Finanzausgleich, der mit tausenden von Einzelgemeinden nicht machbar gewesen wäre. Im Laufe der Jahre hat man sich zusammengerauft und ich glaube, dass sich die Leistungen, mit den bescheidenen und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weniger werdenden Fördermitteln sehen lassen können. Ich will an dieser Stelle nicht aufzählen, was sich in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert alles getan hat, die meisten, die hier im Raume sitzen, haben es durch eigener Anschauung erlebt oder sogar selbst mit bestimmt. Eine der ganz großen Aufgaben, die man heute mit dicken Unterschriften über der Rubrik Umweltschutz oder Agenda verbuchen würde, war der Bau der Kanalisation und Abwasseranlagen, ohne Wenn und Aber, für 12 Ortsteile. Die Errichtung von Bürgerhäusern in allen unseren Gemeindebezirken und letztlich auch die Ausweisung hunderter von Bauplätzen.

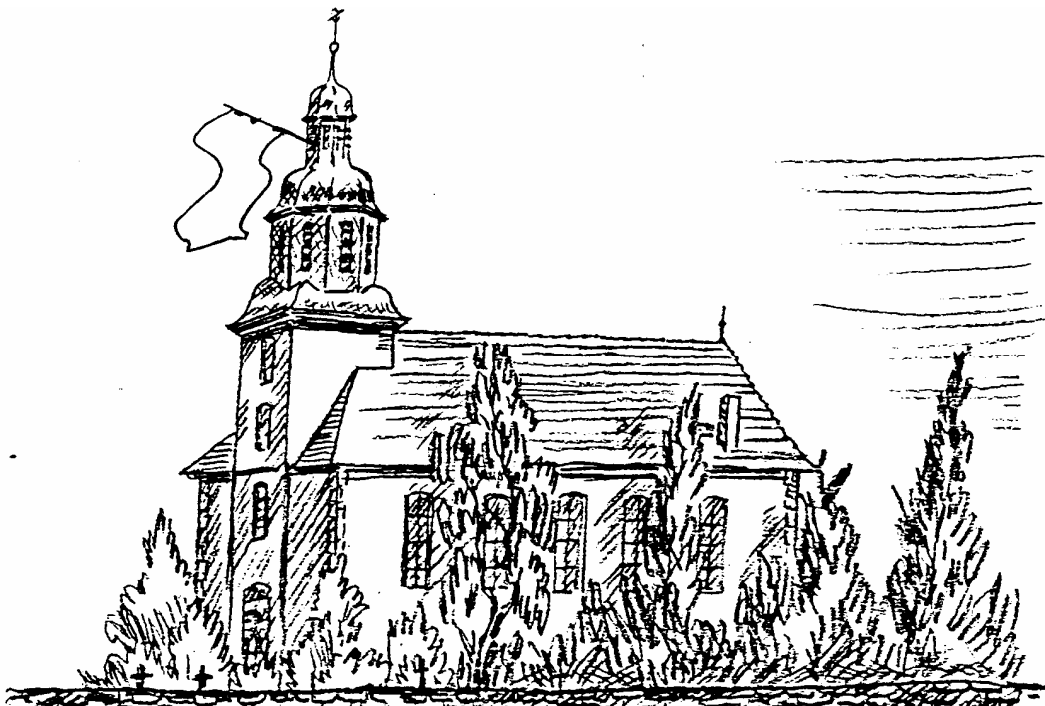
Nun gilt es das Erreichte zu erhalten, weiter zu entwickeln und unter neuen Gesichtspunkten, wie der Anwendung kaufmännischer Prinzipien, die ständig sinkende Steuerkraft der Kommunen zu stützen und den Bürgern das zu bieten, worauf sie einen Anspruch haben. Unter den geänderten wirtschaftlichen und damit auch finanzielle Voraussetzungen ist das ein Kraftakt, den die meisten Gemeinden auf Dauer nicht durchhalten werden, wenn nicht endlich eine gerechtere Steuerverteilung zu Gunsten der Kommunen erfolgt. Ich sehe jetzt schon eine Gefahr für die kommunale Selbständigkeit und eine fortschreitende Abkehr von den Idealen Freiherr-v.-Stein`s.

Dass sich darüber hinaus sehr vieles grundlegend verändert hat, sei nur am Rande erwähnt. Denken Sie an die zusätzlichen Polizeiaufgaben, die heute von der kommunalen Ebene wahrgenommen werden, denken Sie an die Aufgaben des Umweltschutzes in allen Bereichen und an die ständige Modernisierung der technischen Anlagen und viele Dinge, für die Kommunen unserer Größe heute zuständig sind und die von den Gemeinden des damaligen Zuschnittes nie hätten geleistet werden können. Dennoch bleibt anzumerken, dass diese Gebietsreform ein Torso geblieben ist. Die damit unbedingt verbundene Funktionalreform wurde damals nicht mit verabschiedet. Der Schrecken über die gebietliche Neuordnung und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen haben den Verantwortlichen dermaßen tief in den Knochen gesteckt, dass man dieses für eine neue und moderne Verwaltungsstruktur erforderliche Instrument beiseite gelegt hat und nun versucht, jede neu gewählte Landesregierung partiell auf diesem Feld weiterzukommen. Was wir derzeit wieder erleben, wie z.B. bei der Veränderung des kommunalen Wahlrechtes, bei der Prüfung von Aufgabenverlagerungen und vielen anderen Bereichen, mit Ausnahme des Themas „Stärkung der kommunalen Finanzen“, wie bereits von mir angemerkt.

Fazit: Man kann über die Gebietsreform denken was man will, unter dem Strich war sie nicht nur eine Notwendigkeit sondern für 90 % der beteiligten Kommunen ein Glücksfall. Der Ortsteil Roth hätte nie ein solches Bürgerhaus erhalten und viele andere hätten ihren finanziellen Verpflichtungen und der Daseinsvorsorge nicht mehr nachkommen können, was bereits in 1974 bei einigen der Fall war. Wenn es die Gebietsreform damals nicht gegeben hätte, mit all ihren Unzulänglichkeiten, aber auch ihren Chancen, hätte man sie wenig später unter dem Druck der Ereignisse vollziehen müssen und ob dabei etwas Besseres heraus gekommen wäre, sei dahingestellt.

Weimar, den 26.11.1999

Von Annelinde Seik, Enkelin von Pfarrer Schmidt in Oberweimar jetzt wohnhaft in Oldenburg



### **Die Martinskirche zu Oberweimar am 28. März 1945.**

Was ich im Jahr 1945 in Oberweimar erlebte geschrieben am 4.2.1946 als 12jähriges Schulkind

Wir sind alle froh, daß wir den Krieg mit all seinen Schrecken hinter uns haben. Aber was wird die Zukunft bringen? Fliegernot! Wenn ich an diese Zeit zurückdenke, so durchschauderts mich, und es läuft mir heiß und kalt über den Rücken. Hörten wir die Flieger heranbrausen, so flüchteten wir so schnell wie möglich in den Keller. Und dann ging es los! Maschinengewehrgeknatter, das grelle Pfeifen der Bomben und Explosionen. Von dem Luftdruck erzitterte das ganze Haus. Wir saßen dann im Keller, ängstlich und hielten uns die Ohren zu, um von dem lauten Getöse so wenig wie möglich zu hören. Hatten sich die Flieger entfernt, so stiegen wir erleichtert hinauf. Die Flieger kamen des Nachts wie am Tage. Oft mußten wir uns in der Nacht im Dunkeln anziehen. Schauerlich klang das Gedröhne der Bomber.

Zum Glück liegt unser Dörfchen nicht an der Bahnstrecke. Denn die feindlichen Flieger beabsichtigten, den Bahnverkehr zu unterbrechen. Besonders an hellen Tagen konnten wir unzählige Flieger am Himmel blitzen sehen. Wir zählten dann fast immer bis 100. Manchmal auch darüber hinaus. Wir sahen dann, wie die Jabos kreisten und immer wieder den Zug angriffen und beschossen. Sogar die Bomben konnten wir fallen sehen. ( Vom oberen Stockwerk des Pfarrhauses konnte ich nach Wenkbach sehen. ) Wir hatten kaum Schulunterricht. Waren wir in der Schule und hatten die Flieger zu spät kommen hören, also daß wir nicht mehr nach Hause konnten, liefen wir in einen sehr nahe gelegenen Splittergraben. Dann vergingen bange Minuten.

Man wagte kaum, am Sonntag einen Spaziergang zu unternehmen Wohl waren an der Straße Splittergräben, aber diese schienen uns nicht sicher genug. Im Walde fühlte man sich so einigermaßen sicher.

In dieser Zeit ( 1944 ) kam eine Feldposteinheit aus Frankreich hierher und wurde in Oberweimar einquartiert. Sie fuhr täglich zweimal nach Marburg und holte Post. ( Holzvergaser! ) Dies war für uns hochwillkommen, denn die Züge verkehrten sehr unregelmäßig. Und so hatten wir eine Möglichkeit in die Stadt zu kommen. Die Post, welche die Feldpost holte, wurde von den Soldaten sortiert. Das war so die Arbeit, die sie täglich verrichteten. Die Feldpost blieb ein halbes Jahr hier.

Am 25. März 1945, als wir gerade in der Schule waren, sagte unser Lehrer ( Herr Schmidt ) zu uns, daß innerhalb einer halben Stunde die Amerikaner hier sein könnten. Wir liefen alle schnell nach Hause, voller Erwartung und ängstlich, was jetzt kommen würde. Ich dachte an eine Beschießung des Dorfes.

Ich zog den Kleinen ( meinen 3 jüngeren Geschwistern ) die Mäntel an, und wir gingen in den Keller. Da aber nichts geschah, gingen wir wieder hinauf und auf die Anhöhe (beim Pfarrhaus, wo wir von oben auf die Herborner Straße blicken konnten).

Zuerst kam der Rückzug unserer Soldaten. Als wir die ersten fragten, was denn los wäre, sagten sie, wir müssen da und da hin. Andere sagten, wir müssen uns da und da stellen (sammeln). Schon vorher kamen drei alte Soldaten mit verhärmtten Gesichtern die Straße herunter. Wir dachten noch, wo kommen die wohl her? Es kamen immer mehr Soldaten. Zu Fuß, mit Fahrzeugen, Motorrädern, Fahrrädern und Pferdewagen Zuletzt war es ein nie abreißender Strom. Die ganze Straße war gefüllt. Zwei Tage lang dauerte der Rückzug. Langsam bewegte sich das Gedränge. oft gab es Verstopfung. Wir standen auf der Anhöhe und schauten dem Schauspiel zu.

Am Vormittag des dritten Tages war alles still. Es ging schon das Gerücht durchs Dorf: Die Amerikaner kämen den Kürbel hinauf. Die letzten deutschen Soldaten waren früh am Morgen oder am Abend vorher durchgekommen. Unsere Feldpost fuhr kurz bevor die Amerikaner kamen ab.

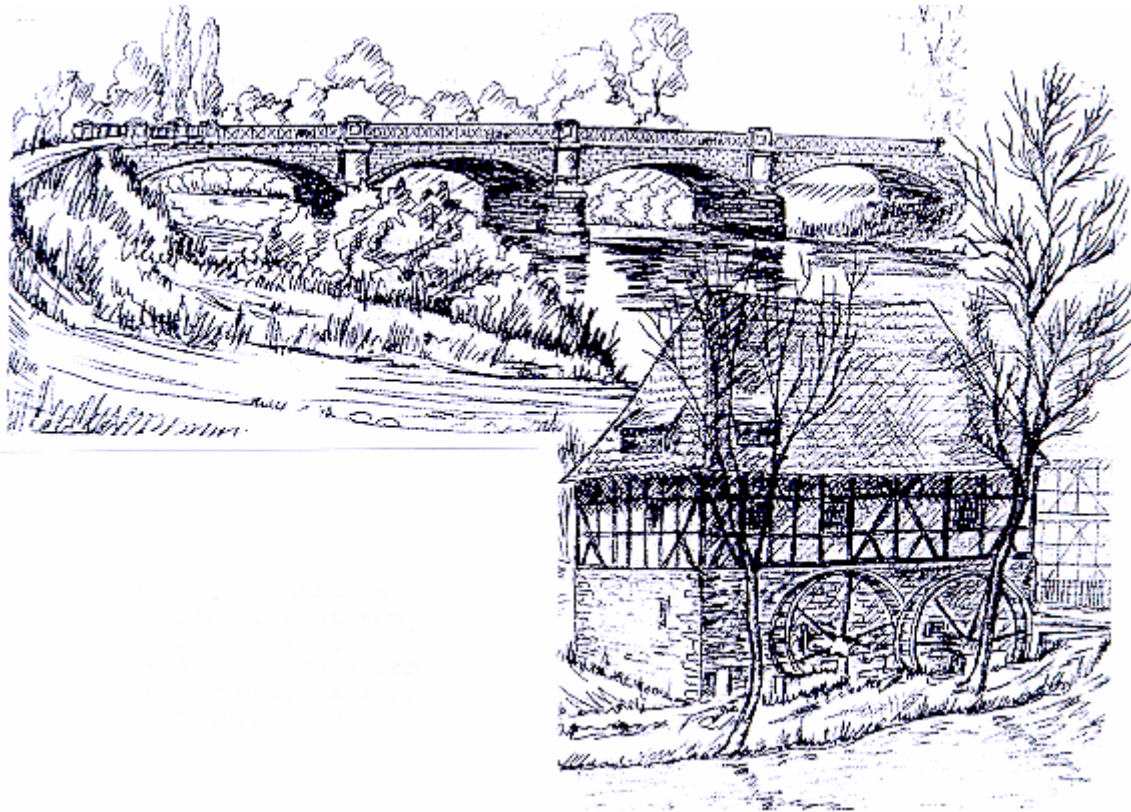
An diesem Morgen, am 28. März 1945, hörten wir auf einmal ein Geräusch! Ich dachte, es wären Bomber und lauschte. Aber ich hatte falsch gedacht: Die Amerikaner mit ihren Panzern kamen! Ich lief voll Neugier durchs Gäßchen und wollte schauen; war aber so erschreckt, als ich die grauen Gestalten erblickte. Nach einiger Zeit wagten wir uns auf die Anhöhe. Die schweren Panzer ratterten an uns vorbei.

Unser Dorf hatte keinen Beschuß erlitten. Hingegen in anderen Orten, wo nicht rechtzeitig die weiße Fahne gehißt wurde und wo Widerstand geleistet wurde, hatte die feindliche Artillerie gewütet. Wer diese Panzer und unsere Soldaten gesehen hat, der weiß, daß wir gegen solche Macht nicht ankommen konnten.

Unsere schöne geteerte Straße haben die Amerikaner zerfahren. Sie hätte sonst vielleicht noch 10 Jahre gehalten. Jetzt ist sie, bei solchem Verkehr, schon nach

einigen Wochen zerfahren, zerfurcht und hat große Löcher. Man braucht nur nach Marburg zu fahren, so hat man alles gesehen.

Bei der ersten Hausdurchsuchung hatte jeder Angst. Als sie bei uns ( im Pfarrhaus ) waren, muß ich wohl ein sehr ängstliches Gesicht gemacht haben, denn der eine Amerikaner sagte: '\* Warum hast du Angst ?" Da habe ich mich geschämt. Unser Dorf kann von Glück sprechen, denn wir haben keine Besatzung und haben nichts Unangenehmes erlebt. Dagegen in manch anderen Orten, wo sie nationalsozialistische Sachen und Waffen gefunden haben, da haben sie alles zerschlagen



**Die Sandsteinbrücke von Roth, erbaut von 1902 bis 1904. Nach der Erbauung der neuen Brücke im Jahr 1981 abgebrochen.**

Hier spielte sich das traurige Kapitel zum Ende des 2. Weltkrieges ab, welches von unserem Mitbürger Georg Eidam wie folgt geschildert wird.

Nach dem Armeebericht der 7. US Panzerdivision treffen am Morgen des 28. März 1945 gegen 6.00 Uhr, 2 Einheiten dieser Division in Roth ein. Die Sondergruppe "Brown" dringt aus Richtung Bellnhausen unter den Geiersberg vor. Bei der Schießerei auf der Brücke wird Frau Elisabeth Weisbrod (Wenze) tödlich getroffen. Sie wollte sich noch schnell in ihrem Schlafzimmer umziehen. Die amerikanischen Panzer sichern die Brücke und die wenigen Soldaten der deutschen Brückenwache gehen in Gefangenschaft.

Wenig später fährt das "Kampfkommando R " aus Richtung Wenkbach in Roth ein und hält hier bis gegen Mitternacht.

Die Sondergruppe fährt sofort weiter nach Ebsdorf. Am folgenden Tag sind keine amerikanischen Einheiten in Roth.

Erst am nächsten Tag erfolgt die erneute Besetzung der Brücke durch die 9. I.D. In der Nacht zum 1. April 1945 fällt der deutsche Soldat Gerhard Hedderich, bei dem Versuch, die Brücke zu passieren.

An den nächsten Tagen rollen die Fahrzeuge der Panzerdivision, welche sich im Raum Marburg sammelt, über die Brücke.

In der nächsten Zeit hat noch manch ein ehemaliger Soldat in Zivilkleidung und einer geborgten Hacke auf den Schultern in Zivilkleidern die Brücke in Richtung Heimat benutzt.

In den Bürgermeister-Akten ist zu lesen:

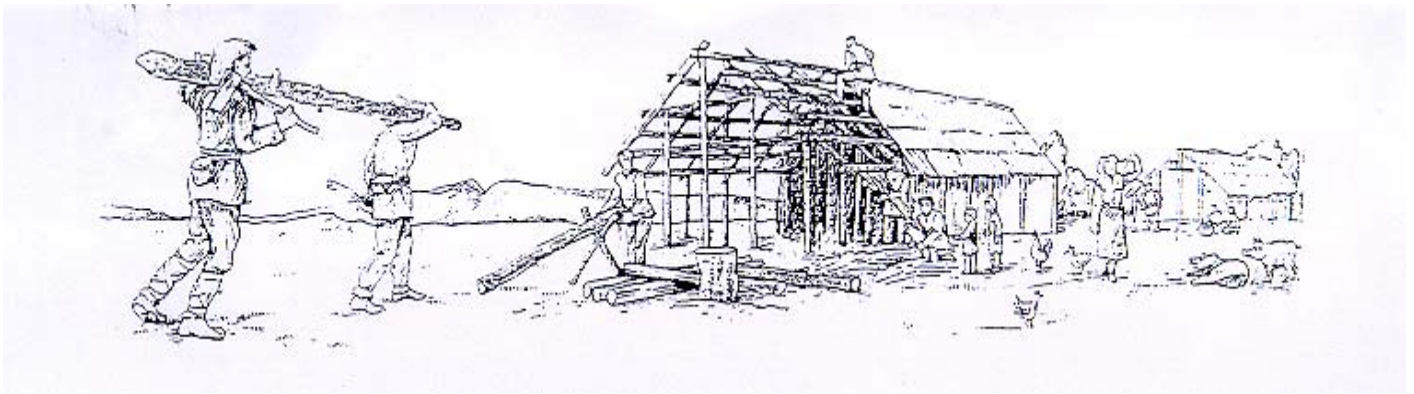
11. September 1944 : Luftkampf über Roth und Niederwalgern.  
Der deutsche Pilot blieb unverletzt,  
die Maschine war jedoch schwer beschädigt.
- 27.Dezember 1944 Bordwaffenangriffe auf den Bahnhof  
31.Dezember 1944 von Niederwalgern, jeweils morgens  
und nochmals um 22.35 Uhr.
12. März 1945 30 Sprengbomben und 80 Stab-Brand-  
bomben in der Gemarkung Roth (Eichäcker)  
und in der Nähe Flutbrücke am Hopfen,  
abgeworfen.
10. März 1945 Bomben auf den Bahnhof von Niederwalgern
14. März 1945 Um 22.15 Uhr fiel eine Sprengbombe  
im Garten Niederhöfer hinter Schneider,  
Am Hopfen 1.
- 19.September 1944 Notlandung eines deutschen Jägers nach  
einem Luftkampf über Roth und Niederwalgern.

1946: Ausgewiesene und Flüchtlinge deutscher Abstammung  
fanden in Roth eine 2. Heimat:

4. März 1946	aus Lager Fürth	30 Personen
14. April	" "	20 "
18. Mai	aus Ungarn	28 "
23. Juni	aus Karlsbad	25 "

Bei der Vertreibung aus ihrer Heimat waren 50 Kg Gepäck erlaubt worden. Allen weiteren Besitz mußten die Vertriebenen zurücklassen. Eine Entschädigung ist diesen Menschen nie gewährt worden.

Im Dezember 1999



## ÄRCHÄOLOGISCHES FREILICHT-MUSEUM LAHNTAL

Archäologische Ausgrabungen in der Kiesgrube bei Nieder-Weimar brachten ungewöhnlich gut erhaltene Siedlungsspuren aus nahezu allen großen Perioden der Vorgeschichte zu Tage. Darunter sind kurzfristig benutzte Lagerplätze aus der Mittelsteinzeit ebenso vorhanden wie vollständige Grundrisse dauerhafter Häuser von der Jungsteinzeit über die Bronze- und Eisenzeit bis zur nachchristlichen Völkerwanderungszeit. Der enorme wissenschaftliche Wert dieser Siedlungsreste kann kaum hoch genug eingeschätzt werden, da eine derart gute Erhaltung schon für Fundplätze nur einer Periode selten vorkommt, erst recht ist eine solche Mehrphasigkeit an einem Platz ganz sensationell.

*Was wird beabsichtigt?*

Diese Einmaligkeit des Fundplatzes und die Überzeugung, dass die Ergebnisse der Ausgrabungen in gewisser Weise konserviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, inspirierte nun zu der Idee hier ein **-Archäologisches Freilicht-Museum (AFM) und Zentrum für experimentelle Archäologie** zu errichten. Nach dem Vorbild der historisch-volkskundlichen Freilichtmuseen ist das **AFM** eine Einrichtung, in der Gebäude verschiedener Art und Zeit auf der Grundlage der archäologischen Ausgrabungsbefunde in Originalgröße wieder aufgebaut werden sollen. Diese Rekonstruktionen beruhen auf den neuesten Erkenntnissen der archäologischen Forschung. Ihre Ausführung und spätere Nutzung gewinnt dabei experimentellen Charakter. In fortschreitendem Stadium sollen die einzelnen Gebäudeensembles nicht nur von einer jeweils zeittypischen Vegetation umwachsen, sondern durch die Haltung entsprechender Tiere auch belebt werden, um so ein möglichst lebensnahes "Gesamtbild" entstehen zu lassen.

Seinen Bildungsauftrag wird das AFM ganz besonders in der Zusammenarbeit mit Schulen, Volkshochschulen, Universitäten, Vereinen oder anderen Arbeitsgruppen erfüllen. Auf diese Weise sollen besonders der Jugend wie auch der übrigen Bevölkerung Kenntnisse über das Leben der frühen Vorfahren, über das Wechselspiel von Mensch und Umwelt in früheren Zeiten vermittelt und nicht zuletzt Verständnis und Interesse für die Arbeit des Archäologen geweckt werden. Eine solche Bildungseinrichtung ist geeignet, Heimatgefühl und Lebensqualität in den Anreinergemeinden zu steigern. Der nahegelegenen Universität Marburg mit ihrem Vorgeschichtlichen Seminar bietet das AFM besonders als Zentrum für experimentelle Archäologie den Rahmen des Lehrangebots wie auch die Forschung



um diesen Zweig der Fachwissenschaft, der in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewinnt, zu erweitern.

### *Warum in Weimar ?*

Die museale Infrastruktur Hessens läßt ein Archäologisches Freilicht-Museum bisher schmerzlich vermissen Einmal abgesehen vom Römerkastell Saalburg bei Frankfurt, das aber einen ganz eigenen Charakter hat, findet sich das nächstgelegene Museum dieser Art in Oerlinghausen bei Bielefeld. Aber auch in den übrigen benachbarten Bundesländern gibt es schon vergleichbare musealen Einrichtungen.

Vor dem geschilderten Hintergrund der archäologischen Grabungsergebnisse und angesichts der Lage Weimars an der mittleren Lahn im Zentrum Hessens, erscheint die Wahl des Ortes ideal. Die Lagegunst wird außerdem durch das Zusammentreffen überregionaler Verkehrswege in west-östlicher wie auch nord-südlicher Richtung, sowie durch die Nähe zur Lahn-Ferienstraße und der Lahn selber mit ihrer zunehmenden Bedeutung im Rahmen der Freizeitgestaltung noch unterstrichen. Hinzu kommt die Lage zwischen den mittelhessischen Oberzentren Giessen und Marburg besonders der Bezug zu letzterem, das in touristischer Hinsicht überregionale Anziehungskraft genießt. Schließlich ist hier noch einmal auf die Nähe zu den fachwissenschaftlichen Institutionen wie dem Landesamt für Archäologische Denkmalpflege, dem Vorgeschichtlichen Seminar der Philipps-Universität und dem Landesamt für Geschichtliche Landeskunde zu verweisen. Von der Einrichtung des AFM wird somit eine positive Wirkung ebenso auf die touristische Attraktivität des mittleren Lahntals und seiner Anreinergemeinden wie auch auf die fachwissenschaftlichen Institute des Landes ausgehen.

### *Wie soll das Projekt aussehen?*

Auf der Grundlage der örtlichen Grabungsbefunde sollen im AFM nicht nur vereinzelte Häuser sondern kleine Gebäudegruppen im Sinne vollständiger Gehöfte aus verschiedenen Zeitepochen errichtet werden. Umfang und Zahl dieser Ensembles sind natürlich abhängig vom zur Verfügung stehenden Platz und nicht zuletzt den Mitteln. Grundsätzlich ist an wenigstens zwei oder drei Baugruppen verschiedener Epochen gedacht, die außerdem durch einzelne repräsentative Gebäudebeispiele anderer Perioden ergänzt werden können. Dazu wird ein Gelände von wenigstens 2 bis 3 Hektar Größe benötigt. Schon während der Errichtungsphase soll dem Publikum - besonders Schulklassen, Vereinen oder Universitätskursen etc. - die Möglichkeit zum "Lernen durch Tun" gegeben werden. Grundsätzlich ist schon nach Fertigstellung von Teilbereichen geplant, ein umfangreiches didaktisches Programm anzubieten. Darin werden Seminare enthalten sein, die frühere Handwerkstechniken und Arbeitweisen, wie Textillherstellung oder Metallverarbeitung etc. ebenso vermitteln sollen, wie theoretische Kenntnisse über beispielsweise Methoden der prähistorischen Landwirtschaft, Siedelweise oder Hausbau. Schließlich sei an die Absicht erinnert, vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der experimental-archäologischen Forschungen hier Raum und Möglichkeiten zu eröffnen.

*Wie kann das Projekt verwirklicht werden?*

Als Grundvoraussetzung muß die Zustimmung und Unterstützung aller beteiligten Gebietskörperschaften Gemeinde, Kreis, Land - und ihrer politischen und administrativen Gremien zum Vorhaben gegeben sein. Zur Trägerschaft des AFM sollte ein zu gründender Förderverein beitragen, der allen interessierten Personen und Institutionen zur aktiven Mitarbeit oder zur passiven Unterstützung offen stünde. Die Träger des Museums werden in der Lage sein, öffentliche und private Fördermittel verschiedenster Art zu erschließen.

Auf diese Weise können zukunftsorientiert einerseits Bund, Land, Kreis und Gemeinde zur Vielfalt der Kultur- und Bildungslandschaft in Hessen beitragen und kann andererseits die private Wirtschaft im Rahmen des "Kultursponsoring" in die Attraktivitätssteigerung der heimischen Region investieren!

Kontakt: Dr. **Andreas Thiedmann**      35112 Fronhausen, Hauptstr. 26,  
Tel. 06426-1292



*Nicht etwa in einer Wüste sondern bei Niederweimar entstanden diese Bilder: Studenten der Universität Marburg und Zivildienstleistende des Landesamtes helfen Grabungstechnikerin Susanne Gütter, die Fläche zu untersuchen. (Fotos: Hillman)*

## **Rückschau auf 5000 Jahre Besiedlung in Niederweimar**

### **Ausgrabungen laufen wieder**

Weimar-Niederweimar (sah) Seit Mitte diesen Monats finden in Niederweimar, auf den Abbauflächen der Kiesgrube, wieder archäologische Ausgrabungen statt. Die wissenschaftliche Leitung liegt in den Händen von Prof. Dr. Lutz Fiedler und vor Ort bei Grabungstechnikerin Susanne Gütter, bei von der Außenstelle des Landesamt für Denkmalpflege Hessen In Marburg.

Bereits in den vergangenen zwei Jahren wurden auf dem Gebiet interessante Funde gemacht und alte Siedlungsstrukturen zu Tage gefördert. So fand sich ein Langhaus, aus dem Neolithikum, der sogenannten Zeitstufe Rössen: Bronzezeitliche und eisenzeitliche Grundrisse wurden freigelegt, Grubenhäuser und ein Backofen gefunden.

3000 Befunde gab es bisher in den drei Grabungskampagnen, das Fundmaterial, in der Hauptsache Keramik, ist ebenfalls enorm.

Insgesamt wurden rund 135 000 Quadratmeter Fläche untersucht. Neben den Archäologen interessieren sich auch die Geologen und Bodenkundler für das Gebiet, unter anderem gibt es eine mächtige Schicht des sogenannten Lacher Bims, der beim Ausbruch des Lacher Seevulkans dort abgelagert wurde.

Während der jetzt laufenden Ausgrabungen wurden zunächst Befunde, das heißt Pfosten und Gruben, die auf der Grabungsfläche des vergangenen Jahres erkannt worden waren, untersucht.

In einem nächsten Schritt werden die Arbeiten auf einer neuen, 6000 Quadratmeter großen, Fläche weiter gehen.

Hier zeichnen sich bereits nach der Freilegung durch den Bagger Verfärbungen im Boden ab, die den Archäologen Hinweise geben.

Erste Vier- und Sechspostengrundrisse konnten bereits identifiziert werden. In vorgeschichtlicher Zeit sah das Gelände in Niederweimar völlig anders aus. Das Gebiet zwischen Lahntal und Allnatal war geradezu ein ideales Siedlungsgebiet, so Grabungstechnikerin Susanne Gütter. Das Gelände war stärker reliefiert, so daß die Siedlungsfläche auf einer Anhöhe lag.

Rund 5000 Jahre Besiedlung sind zu erfassen. Natürlich nicht kontinuierlich, vielmehr wurde der Platz immer wieder aufgesucht. Die ältesten Siedlungsspuren finden sich wie bereits erwähnt in der jungsteinzeit, also 4 500 v. Chr., es gibt dann bronze- und eisenzeitliche Besiedlung sowie Hinweise auf eine mögliche Nutzung des Gebietes in der späten römischen Kaiserzeit, also nach der Zeitwende.

Anhaltspunkte, zur Datierung gibt den Wissenschaftlern vor allem die gefundene Keramik. Metallgegenstände sind dagegen seltener. Nur gelegentlich fanden sich einige Metallverhüttungsreste wie Schlacke oder Luppe. Außerdem wurden einige bronzezeitliche Gewandnadeln, Teile der damaligen Tracht, zu Tage gefördert.

„Im Mittelalter ist hier, vermutlich wegen der erhöhten Überschwemmungsgefahr, nicht mehr gesiedelt worden“, so Susanne Gütter. Die damaligen Menschen scheinen sich vielmehr in andere hügelige Gebiete zurückgezogen zu haben.

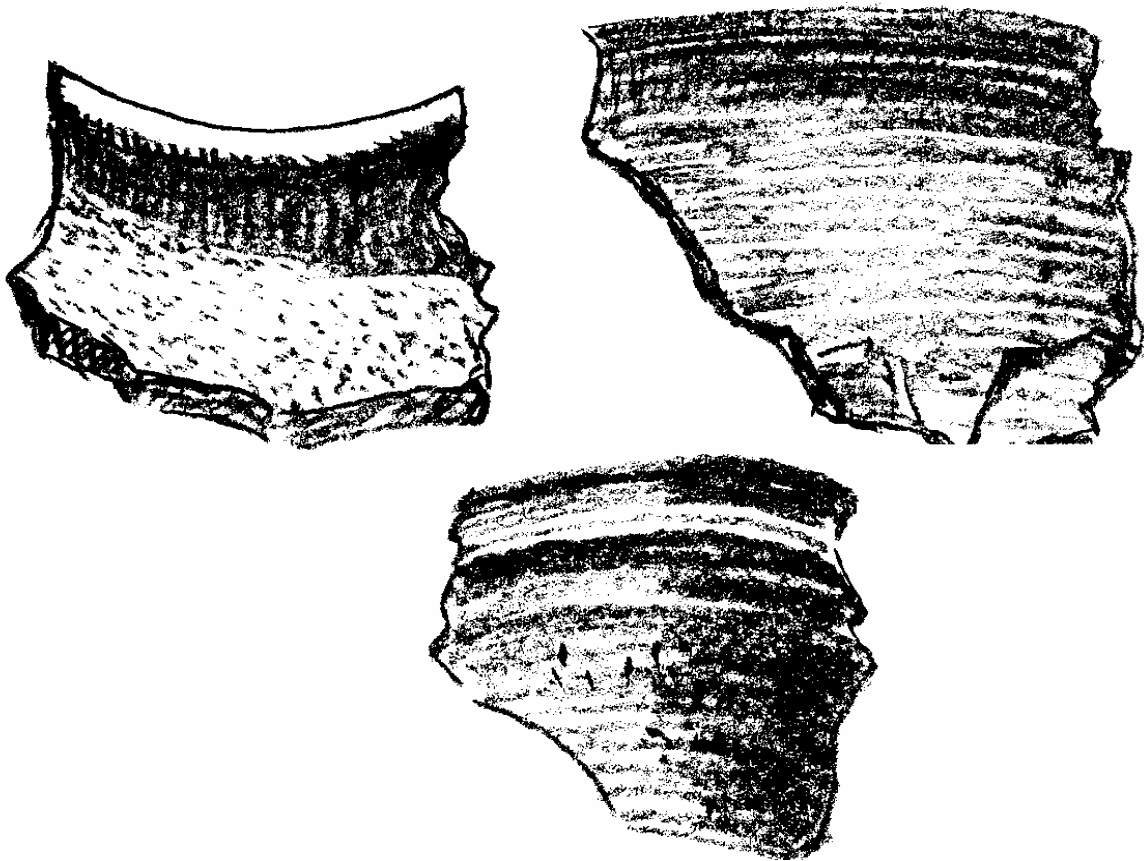
Ein Siedlungsende ist nach wie vor noch nicht abzusehen.

Sollten neue Flächen von den Lahn-Kies-Werke geöffnet werden, müßten diese auch archäologisch untersucht werden. „Die Zusammenarbeit, mit dem Werk klappt mittlerweile sehr gut“, so Susanne Gütter.

Die Grabung ist zwar nach wie vor eine Notbergung, aber der Zeitdruck ist in diesem Jahr nicht ganz so groß, erst! im August kommt die Baukolonne. Unter den Erdschichten liegt der für das Werk interessante, Lahn-Kies.



*Keramik hilft den Archäologen bei der Datierung, hier ein typisches Stück aus der Hallstattzeit.*



## Die Kiesgrube ist eine Fundgrube

(MEX Marburg extra Nr.36 v. 8.9.99)

*Weimar wäre ein idealer Standort für die Rekonstruktion einer prähistorischen Siedlung in Originalgröße*

*Von Christine Kohlstädt*

Wenn Dr. Andreas Thiedmanns Ideen wahr werden, dann entsteht bald bei Argenstein eine frühgermanische Siedlung. Zig-tausend Fundstücke wurden bereits bei Niederweimar geborgen. Keramikscherben, "Sicherheitsnadeln", Armreifen und prähistorischer Müll zeichnen für Historiker ein recht scharfes Bild des Lebens, wie es vor 10.000, Jahren Alltag an der Lahn war. Dort, wo Laien allenfalls dunkle, Flecken in der Erde wahrnehmen, erkennt ein archäologisch geschultes Auge die Grundrisse längst vergangener Bauten  
Die Kiesgrube bei Niederweimar erweist sich für Prähistoriker immer mehr als wahre Fundgrube

### **Funde in überraschender Vollständigkeit**

Wegen immer neuer, überraschender Funde, "in überraschender Vollständigkeit so Thiedmann, wird derzeit die Geschichte des Lahntal neu geschrieben. Aus nahezu allen Siedlungsperioden der, Vorgeschichte lassen sich Spuren nachweisen: Lagerplätze aus der Mittelsteinzeit, Häuser aus der Jungsteinzeit, der Bronze- und

der Eisenzeit bis hin zur Zeit der Völkerwanderung nach Beginn unserer Zeitrechnung. Diese "Vielphasigkeit" ist für Thiedmann bemerkenswert. Den Fachmann mag es begeistern, Laien stehen in der Regel eher ratlos vor einem solchen Scherbenhaufen. In Dänemark, Norwegen und auch am Bodensee lassen Experten daher die Geschichte wieder plastisch auferstehen: Sie bauen anhand der Fundstücke Siedlungen in Originalgröße nach.

### **Gebäudegruppen aus verschiedenen Epochen**

"Thiedmann arbeitet als Archäologe für das Landesamt für die Denkmalpflege in Marburg. Seine Begeisterung für die Funde brachten ihn auf die Idee, auch Weimar den Aufbau eines "Archäologisches Freilicht-Museums" und eines "Zentrums für experimentelle Archäologie" vorzuschlagen.

Wenn alles so wird, wie es sich der Archäologe vorstellt, dann werden bei Argenstein drei Gebäudegruppen aus den verschiedenen vorgeschichtlichen Epochen entstehen. Schuppen und Ställe könnten das Ensemble ergänzen. Man könnte entsprechende Pflanzen dort ansiedeln. Vielleicht sogar Haus- und Nutztiere halten. Von Zeit zu Zeit könnten Vorführungen prähistorischen Lebens und Handwerks mit Laiendarstellern auf dem Gelände stattfinden. Seminare zur Textilherstellung und Metallverarbeitung wären denkbar.

### **Erste Gespräche sind im Gange**

Das alles ist zwar derzeit noch Zukunftsmusik. Im Hinblick auf den Tourismus stieß Thiedmann bei Weimars Bürgermeister Karl Krantz auf offene Ohren. Erste Gespräche mit den entsprechenden Behörden, den Vertretern der Fraktionen und natürlich den Eigentümern der Parzellen, auf denen das Museum entstehen soll, hat Thiedmann schon geführt.

### **Großes Interesse der Bevölkerung.**

Die Erfahrungen solcher Projekte haben gezeigt, dass das Interesse der Bevölkerung an der Prähistorie durch die "fassbare" Darstellung sprunghaft ansteigt. "Das Museum soll kein Safari-Park mit Karussell werden. Touristen werden sicher nicht wie die Heuschrecken in Argenstein einfallen", erklärt Thiedmann.

Allerdings wird eine solche Anlage eine beträchtliche Anziehungskraft auf Besucher aus der näheren und weiteren Umgebung ausüben. Nicht zuletzt wegen der Lage an der Lahn-Ferienstraße und an der Straße von Marburg nach Gießen erscheint Weimar geradezu ideal. Auch die Studenten der beiden Uni-Städte könnten profitieren.

Sie würden Thiedmann gerne schon von Anfang an miteinbeziehen. Sie könnten günstig Skizzen für den Bau der Anlage liefern. Auch für Vereine und Schulklassen können beim Aufbau helfen.

### **Gründung eines Fördervereins angeregt**

Bis die ersten Balken aufgeschlagen werden, müssen allerdings noch ganze Reihe von Fragen geklärt werden. Angefangen bei dem Standort, denn die Eigentümer müssen noch ihr Okay geben. Als Träger kommt Thiedmann zufolge ein Förderverein in Frage.

Für die Finanzierung möchte der Archäologe das Land Hessen, die Europäische, Gemeinschaft und Banken der Umgebung als Sponsoren ansprechen. Gerd Daubert vom Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) sieht in der Idee ein "interessantes Projekt". Er könnte es sich als weiteres Thema für die touristische Erschließung der Lahn vorstellen. Auch Krantz sieht Möglichkeiten, die Siedlung zu unterstützen. Drei Hektar Land müssten ohnehin wegen des Neubaus der B3 rekultiviert werden.

## Ein Rauchhuhn für den Fürsten

### **Aus der Geschichte des Steuerwesens**

Genau 6.363.436 Gulden zahlten die 718.373 Einwohner des Großherzogtums Hessen im Jahr 1834 an Steuern - auf den Kopf umgerechnet nicht einmal 10 Gulden im Jahr. So berichtet es der Dichter Georg Büchner in seinem berühmten "Hessischen Landboten". Doch diese Steuerlast erscheint nur auf den ersten Blick dem heutigen Betrachter gering. Gemessen an Einkommenslage und Kaufkraft, vor allem aber an ihrer Verteilung auf die Bürger Hessens, war sie außerordentlich groß.

"Dies Geld", so empörte sich Büchner, "ist die Blutzehnte, der vom Leib des Volkes genommen wird. An 700.000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür." Der Zorn des revolutionären Dichters war berechtigt. Denn in der Tat hatte die Gestaltung der Abgaben an den Staat zu jener Zeit nicht nur in Hessen, sondern auch in den anderen deutschen Staaten mit heutigen Vorstellungen von steuerlicher Gerechtigkeit noch keine Ähnlichkeit.

Noch bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts nämlich war eine der wichtigsten Steuerarten nicht durch Geld zu entrichten. Statt dessen wurden die abgabepflichtigen Bürger von ihrem jeweiligen Landesherrn zu allerlei Arbeiten herangezogen: etwa zum Straßenbau, zu Reparaturarbeiten an fürstlichen Schlössern oder zur Feldarbeit in den Gütern des Herrschers.

Für diese Frondienste wurde selbstverständlich keinerlei Lohn gezahlt. Denn sie galten ja als Steuer, die pflichtschuldigt zu entrichten war.

In Arbeit statt in barer Münze war die Steuer vor allem auch deshalb angesetzt, weil die meisten Untertanen über keinerlei Geld verfügten. Und auch wer einen kleineren Besitz sein eigen nennen konnte, mußte lange Zeit seine Steuerschuld in Naturalien entrichten. So waren etwa in Teilen Hessens alle Haushalte, die über einen Herd - also einen "Rauch" - verfügten, zur Ablieferung eines sogenannten "Rauchhuhnes" verpflichtet. Der "Zehnte" wurde in einem entsprechenden Anteil an den Erträgen von Haus und Hof geleistet.

Die meisten dieser Abgaben waren uralte. Steuern sind keine Erfindung der Neuzeit, sie sind so lange bekannt, wie sich die menschliche Geschichte zurückverfolgen läßt. Schon Keilschriftdokumente aus dem 3. Jahrtausend vor Christus belegen die Existenz von Abgaben. Im Lauf der Jahrhunderte wurde das Steuerwesen allerdings immer vielfältiger und ausgeklügelter.

So gab es in deutschen Ländern etwa im 15. Jahrhundert eine ganze Reihe von Sondersteuern, die dazu dienten, die wegen der Prunksucht der Herrscher immer teurere Hofhaltung zu finanzieren. Da wurden so ausgefallene Steuern erhoben wie die Fenster-, Türen- und Kaminsteuer, die Perücken-, Haarpuder-, Strumpf- und Stiefelsteuer. Und sogar eine Hustensteuer gab es. Wollte die Tochter des Landesherrn heiraten, wurden die Untertanen zur Finanzierung der aufwendigen Hochzeit und der Mitgift durch eine eigene "Fräuleinsteuer" herangezogen. Mehr noch als die schwere Belastung der Pflichtigen erzürnte aber die Ungerechtigkeit bei der Erhebung die Menschen jener Zeiten. Denn nur die einfachen Bürger hatten tatsächlich ihren Tribut zu entrichten. Die besseren Stände, Adel und Geistlichkeit blieben nicht selten davon verschont. Dieser Vorzug stammte noch aus den Zeiten, als diese Stände dem Kaiser oder König Ritterdienste zu leisten hatten.



Die französische Revolution beseitigte denn auch diesen erniedrigenden Dienst. In Deutschland gab es ebenfalls ab Anfang des 19. Jahrhunderts Bemühungen, diese Form der Ausbeutung abzuschaffen. Und auch die Privilegien des Adels wurden immer heftiger kritisiert.

Den Ruf nach einer Steuerreform nahmen Männer auf wie der Freiherr vom Stein. Er sorgte in Preußen im Zuge seiner Staatsreformen für wichtige Schritte auf dem Weg zu einer allgemeinen Besteuerung. Zum bedeutendsten Steuerreformer wurde aber Ende des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland der preußische Finanzminister Johannes von Miquel. Schon als Oberbürgermeister von Frankfurt (1880-1890) hatte Miquel sich mit einer Verbesserung des Systems der Gemeindesteuern einen Namen als Finanzpolitiker gemacht. Als Finanzminister setzte er damit ein Steuersystem durch, das eine individuelle Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit möglich machte. Voraussetzung dafür war die Einführung eines progressiven Steuertarifs, der bei steigendem Einkommen auch einen steigenden Anteil von jeder Mark als Steuer abschöpft. Während Miquel ein solches System für "ein Werk ausgleichender Gerechtigkeit" erklärte, hatte sich Reichskanzler Fürst Bismarck entschieden dagegen gewehrt. Die zur gerechten Besteuerung nötige Prüfung der persönlichen Verhältnisse erschien ihm als unziemlicher Eingriff in die Privatsphäre der Wohlhabenderen. Erst nach Bismarcks Entlassung hatte Miquel deshalb die Möglichkeit, sein sozialeres Steuersystem im Reichstag durchzusetzen. Es war Hessen, das sich diesem System als erstes weiteres Land anschloß.



**Johannes von Miquel setzte in Deutschland ein für seine Zeit modernes, gerechteres Steuersystem durch.**

Hessens Haushalt anno 1903/4 (Großherzogtum Hessen)		Für die Ber-	Für das
		waltung	Bermögen
		Rt.	Rt.
Die jährlichen Einnahmen Ausgaben des Staates betragen nach dem Budget für das Statsjahr 1903/04: 75,641,098 Rt., und zwar 57,666,689 Rt. für die Verwaltung und 17,974,409 Rt. für das Bermögen.			
		Für die Ber-	Für das
		waltung	Bermögen
		Rt.	Rt.
<b>Einnahmen:</b>			
Reste aus früheren Jahren . . . .	2933052	9477057	
Domänen . . . . .	17182483	48500	
Lotterie (Überschuß) . . . . .	1075210	-	
Direkte Steuern . . . . .	11798050	-	
Regalien, indirekte Auflagen ec. . . .	4149520	-	
Landstände . . . . .	80	-	
Ministerium des Innern . . . . .	4523377	-	
"    der Justiz . . . . .	2043492	-	
"    Finanzen . . . . .	320977	-	
Ausleihungen und Staatsschuld . .	1477296	8448852	
Pensionen . . . . .	521878	-	
Verhältnis zum Reich . . . . .	11671274	-	
<b>Ausgaben:</b>			
Reste aus früheren Jahren . . . .	-		2360061
Domänen . . . . .	6319711		4347310
Direkte Steuern, Regalien, indirekte			
Auflagen ec. . . . .	1597507		-
Landstände . . . . .	124400		-
Staatsministerium . . . . .	393360		-
Ministerium des Innern . . . . .	15123799		2648804
"    der Justiz . . . . .	4347027		1050669
"    der Finanzen . . . . .	1942575		255224
Ausleihungen und Staatsschuld. . .	11489947		200315
Pensionen . . . . .	3596805		-
Verhältnis zum Reich . . . . .	10287084		-
Indisponible und reservierte Fonds	444474		7112026
Der Stand der Staatsschuld war 1. April 1903;			
A. Eigentliche Staatsschuld . . . .	326638568 Rt.		
(Darunter für Eisenbahnzwecke			
297345122 Rt.) Davon ab die			
Kittiva mit . . . . .			2814880
Bleibt eigentliche Staatsschuld:			323823688 Rt.

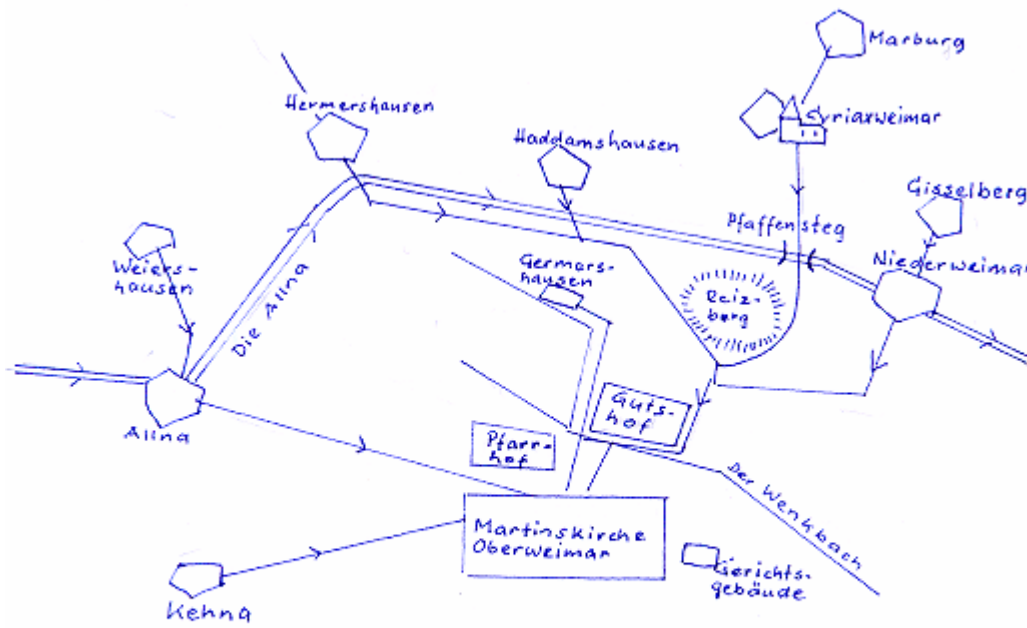
Die Wege zur Martinskirche zu Oberweimar aus den Ortschaften ihres Kirchspiels in früherer Zeit bis in die Neuzeit.

Am 27. Februar 1997 führte ich ein Gespräch mit dem Schreinermeister Heinrich Wagner, wohnhaft in Oberweimar am Rübenstein. Herr Wagner ist 92 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Er erinnerte sich an manches, was sein Lehrer Heinrich Hungershausen seinen Schülern über ihre engere Heimat erzählt hatte. Hungershausen war immer wieder bestrebt, Licht in die Vergangenheit des uralten Dorfes Oberweimar zu bringen. Heinrich Wagner erinnert sich an die Wege und Pfade, auf denen die Menschen des Kirchspiels Oberweimar zur Mutterkirche gelangten. Der wichtigste Weg mag die Verbindung von Oberweimar nach Marburg gewesen sein. Er führte vom Pfarrhaus über die Wenkbach-Brücke, die aus einem langen Sandstein bestand an den Gebäuden des Gutshofes entlang, hinauf an die Hauptstraße, welche aus dem Westerwald kam und nach Amöneburg führte. Die Straße wurde überquert und der Weg ging hinauf in Richtung "Reizberg", rechts an der Gerichtsstätte auf der Kuppe des Berges, auf der die Steine des Gerichtsplatzes lagen, vorbei zum Pfaffensteg. Es war ein unbefestigter Weg, der bei Regenwetter nur schwer begehbar war. Der Pfaffensteg über die Allna war etwas weiter flußaufwärts als heute und mußte immer in Stand gehalten werden, weil der Pfarrer von Oberweimar drüben in der Hänskirch bei Cyriaxweimar Gottesdienst zu halten hatte. In ganz früheren Zeiten wurden dort die Toten auf dem Friedhof beigesetzt.

An dieser Kirche führte der Weg vorbei an Cyriaxweimar, zur Höhe, welche später "Drei Linden" genannt wurde. Von hier aus war auch der Ort Marburg zu sehen und dort endete der Weg aus Oberweimar. Die Dörfer Gisselberg und Niederweimar gehörten ebenfalls zur Pfarrei Oberweimar. Die Kirchgänger an den Sonntagen kamen die Straße herauf zum Kirbel und konnten dann den Weg vor dem Gutshof, hinunter zur Kirche gelangen. Den gleichen Weg ging auch der Pfarrer, wenn er alle 14 Tage in der Kirche zu Niederweimar Gottesdienst zu halten hatte. Für Hermershausen und Haddamshausen gab es einen besonderen Weg zur Kirche in Oberweimar. Er führte von Hermershausen an der Allna herunter und bog dann rechte zum Kirchberg steil ansteigend in Richtung Oberweimar ab. Der Weg ist heute noch gut befahrbar durch den Wald der Herren von Heydwolff. Sobald das Schloß Germershausen rechts sichtbar wurde führte der Kirchweg hinüber zum "Köppche", der Gerichtsstätte "Reizberg", vorbei und vereinigte sich mit dem Weg, welcher vom "Pfaffensteg" herauf kam.

Die Kirchgänger von Weiershausen gingen zunächst hinunter nach Allna. Von dort führte seit Urzeiten ein Weg hinüber nach Oberweimar, welcher von den Leuten aus Allna zu allen Zeiten als Abkürzung nach Oberweimar benutzt wurde. Noch heute befahrbar, ist dieser Weg durch das "Allesche" Nasse in Heydwolffs Wald, Elwets-Wald Richtung Pfarrhaus Oberweimar gegangen. Als um 1850 der Weg zum Pfarrhaus und Kirche unterbrochen werden sollte, lehnten sich die Allnaer Bürger dagegen auf. Nach mehreren Gerichtsverhandlungen wurde der Durchgang jedoch wieder erlaubt. (Siehe Nr. 8 "Heimatswelt" von Herbert Kosog). Der Weg von Kehna her zur Mutterkirche in Oberweimar war von alters her die Straße. Von älteren Leuten hörte man auch noch die Bezeichnung "Totenweg". Außer wenigen Begradigungen ist keine Veränderung des Weges vorgenommen worden. In Erinnerung ist noch, daß der Pfarrer Schmidt bis in die 30er Jahre hinein mit seinem Schimmel und Kutsche nach Allna und Kehna zum Gottesdienst gefahren ist.

Aufgezeichnet im Februar 1997 von Heinrich Ehlich, -Oberweimar.



Die alten Wege zur Martinskirche  
zu OBERWEIMAR

## Die alte Eiche in Niederwalgern.

Alter des Baumes ca. 500 Jahre, Umfang des Stammes im Jahr 1999 4,10 Meter. Im Jahr 1994 wurde die Krone durch Blitzschlag zerstört.

Eine Abhandlung von Karl Eidam, Zeitzeuge und Mitglied des Geschichtsvereine der Gemeinde Weimar.

Die alten Gräben gingen früher fast bis an die alte Eiche heran. Ab 1950 wurde ein Teil der Gräben mit Müll aufgefüllt. Hinter der Eiche bis zu den Gräben, hatten "geringe" Leute, welche eine Kuh oder Ziegen in Besitz hatten, einen kleinen Acker den sie bewirtschafteten. 1913 wurden in den alten Gräben im Herbst 300 Obstbäume versuchsweise gepflanzt. Einige stehen wohl heute noch.

Neben der alten Eiche aber, dicht an den alten Gräben, soll auch ein Eichen-gärtchen, bis in die zwanziger Jahre hinein gewesen sein.

Jahr 1200: Die alte Wein- und Heerstraße führt durch die Gemarkung Niederwalgern. Der Volksmund sagt: Im November und März sollen die Winzer aus dem Rheingau von Wetzlar über die Salzböde bei den Etzelmühlen, Bracht, Stedebach durch die Schleifstein-Hohl dann über den Wälger Bach und an der alten Eiche vorbei in Richtung Oberweimar gegangen sein. In Heft Nr. 17 "Heimatswelt" hat jedoch der Chronist Herbert Kosog näheres über die Wein- oder Wagenstraße niedergeschrieben.

Im siebenjährigen Krieg kam die französische Armee mit 25.000 Mann über die Heerstraße in die hiesige Gegend. -. Das war in der Zeit von 1756 bis 1763. Am 14.7.1758 war die Schlacht bei Sichertshausen, das Hauptquartier des Marschalls von Contades befand sich in Niederwalgern. Es wurden viele Dörfer verwüstet.

Die alte Eiche war ein schöner großer Baum. Im Sommer spielten die Kinder dort im Schatten. Der Wälger Schäfer Barth, war öfters unter der Eiche mit ca. 200 Schafen, welche er für die Bauern von Niederwalgern zu hüten hatte. Dort hatte er auch einige Salzstellen für die Schafe angelegt. Bei Regen fanden die Feldarbeiter einen Schutz unter dem dichten Blätterdach. Einmal kam ich mit dem Fahrrad und einer Hacke vom Maulwurfang aus den Kuchentalwiesen und wurde vom Regen überrascht. Schnell suchte ich Schutz unter der alten Eiche. Aber plötzlich kam Blitz und Donner. Ich warf die Eisenhacke weg und flüchtete nach Hause. Nach dem Gewitter habe ich dann meine Hacke wieder geholt. 1994 gab es einen Blitzeinschlag, wodurch die Eiche stark beschädigt wurde. Am 20. April 1934 wurde die alte Eiche von Lehrer Kohl auf "Adolf-Hitler-Eiche" getauft. Die Klasse I von Lehrer Kohl (5. bis 8. Schuljahr), marschierte gegen Abend geschlossen zur Eiche. Ferner eine Gruppe SA - Männer mit Fackeln. Ein Namens-Schild und eine Hakenkreuzfahne wurden an dem Baum befestigt. Während dieser Zeit wurde das Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Der Lehrer hielt eine kurze Ansprache und einige von den Kindern sagten Gedichte auf. Uns Kinder tat der rechte Arm weh, weil wir während des Singens den Arm zum deutschen Gruß erheben mußten. Dorfbewohner waren nur 3 oder 4 anwesend. Es war kein großes Ereignis. In manchen Orten wurde damals eine Adolf-Hitler-Eiche gepflanzt. Im Jahr 1998 wurde der neue Friedhof des Dorfes Niederwalgern in der Umgebung der alten Eiche angelegt. Der Baum bildet einen würdigen Abschluß zu den alten Gräben hin.



Die Eiche am neuen Friedhof von Niederwalgern mit einem Umfang des Stammes von 4,10 Meter, im Dezember des Jahres 1999. Bei einem Blitzeinschlag im Sommer 1994 wurde die Krone des Baumes zerstört. Nach sachgemäßer Betreuung durch einen Baumchirurgen ist die Eiche jedoch wieder auf dem Weg, die Krone neu zu bilden. An dieser etwa 500 Jahre alten Eiche führte die Wagenstraße durch die "alten Gräben" vorbei.

## **Das Dorf -Was ist das? Fragen nach einer alten Lebensform von Otto Weimar**

Viele Menschen, die in einer Stadt wohnen, haben nur eine dunkle Ahnung, was ein Dorf ist und was es für das Land bedeutet. Das Dorf ist eine mehr oder weniger geschlossenen ländliche Gruppensiedlung von Bauern, heute oft zusätzlich auch Handwerker, Arbeiter, Pendlers und anderen, die dort leben". So steht es im Brockhaus von 1968. Zwanzig Jahre später stimmt das so nicht mehr, denn in der Ausgabe von 1988 liest man: "Heute dominiert die nichtlandwirtschaftliche Wohnbevölkerung". Was wird wohl zwanzig oder dreißig Jahre später im Lexikon zu finden sein, vielleicht "Dorf - was war das?"

Wie viele Dörfer es in Deutschland gibt, weiß man nicht genau. Gezählt werden die Gemeinden. Nach der Gebietsreform zwischen 1968 und 1978 entstanden die Großgemeinden. Die Dörfer verloren ihre Namen, wurden zu Ortsteilen und bekamen Nummern.

Viele Stadtbewohner benutzen das Wort Dorf gern abwertend oder mit einem landwirtschaftlichen Zusatz versehen ("Kuhdorf"). Der ebenfalls gern verwendete Ausdruck "Kaff" stammt aus dem Jiddischen ("Kapher") und bedeutet wertneutral "Bauerndorf".

Je mehr Dörfer ihre Ursprünglichkeit verlieren, um so wichtiger werden die Museen. Es gibt kaum eine Region ohne ein Museumsdorf, in dem alte Fachwerkhäuser wieder aufgebaut werden, um sie den zukünftigen Generationen zu erhalten.

Ebenfalls gibt es mittlerweile viele Orte, die ein "Dorfmuseum" aufgebaut haben, dort werden die alten Trachten, Haushaltsgegenstände und -geräte, sowie landwirtschaftliche Maschinen aufbewahrt. Die Dorfmuseum werden überwiegend von Heimat- und Geschichtsvereinen betreut.

Das Interesse an Museen für bäuerliche Kultur wird zunehmend größer. Vielleicht liegt es daran, dass immer mehr Menschen den Blick aus der Sackgasse eines scheinbaren Fortschritts zurück wenden auf ihre bäuerlichen Vorfahren. Vielleicht trauern auch viele Menschen dem naturverbundenen Leben auf dem Land nach.

Noch gibt es in den meisten alten Dörfern eine gesunde Struktur aus vielen Vereinen, die das kulturelle, sportliche und kirchliche Leben prägen. Neben der Pflege von guter Nachbarschaft ist ein Leben auf dem Dorf mit einem unmittelbarerem Bezug zur Natur verbunden.

Nach der kommunalen Neugliederung (Gebietsreform) - ob freiwillig oder per Gesetz verfügt- entstand eine Zeit der Erwartungen, aber auch der Enttäuschungen. Heute, nach 25 Jahren kann man sagen, daß es für die kleineren Dörfer ein großes Glück war, denn diese erlebten einen Aufschwung.

Es wurde eine gut funktionierende Verwaltung mit einem Gemeindeparlament für alle Ortsteile aufgebaut. Kanal, Kläranlagen und Straßen wurden saniert, bzw. neu gebaut, in den einzelnen Orten baute man Kindergärten, Bürgerhäuser und

Friedhofshallen. Neue Baugebiete wurden ausgewiesen, so dass viele neue Bürgerinnen und Bürger in die Ortsteile zogen.

Die Integration von Zugezogenen hängt ganz von dem Wunsch ab, aufeinander zuzugehen. Die Antwort auf die Frage nach Schlafstatt oder Heimat hängt von beiden Seiten ab: inwieweit sind "Alteingesessene" bereit, dem Neuen Beachtung zu schenken und inwieweit sind "Zugezogene" bereit, selbst aktiv einen Platz in der Dorfgemeinschaft zu finden. Weder ein bewohntes Museumsdorf, noch eine Ansammlung von Übernachtungsmöglichkeiten im ländlichen Gebiet kann eine Vision für die Zukunft sein. Nur im Miteinander - dem beachten von neuen Gedanken und Ideen und dem Wertschätzen und überprüfen von alten Traditionen, liegt die Zukunft des Dorfes.

Vielleicht erscheint das Dorf als Hoffnungsträger des 21. Jahrhunderts, denn das Land braucht die Dörfer und ihre Dorfkultur.